

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erstmal wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: **Joh. Scherr.**
Redaktion und Expedition: **Stuttgart, Rätestraße 16 b.**
Telephonruf: Nr. 8392.

Inserate
für die sechsgespaltene Colonne ober deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von	214 500	erschient diese Ztg.
EXEMPLAREN		

Neutralität und Arbeiterpolitik.

Der Verlauf des Generalstreiks der Bergarbeiter im Ruhrbezirk hat wieder Veranlassung zur Erörterung der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften gegeben, wobei die bürgerliche Gewerkschafts- und Parteipresse an der Spitze marschiert. Das Zusammengehen der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen im Kampfe gegen das konzentrierte Grubenkapital, das dabei den Ausgangspunkt bildet, ist aber in der Geschichte der Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital durchaus nichts Neues, es ist in Laufe der Jahrzehnte schon hundertmal vorgekommen. Bewiesen wurde dadurch nur in jedem einzelnen Falle, wie nachteilig für die Arbeiter, wie unvernünftig es ist, daß sie in verschiedenen Berufsorganisationen zerstückelt sind, während das Unternehmertum auf der ganzen Linie einheitlich organisiert ist. Von christlichen, evangelischen oder Hirsch-Dunderschen Handwerker-, Gewerbe-, Arbeitgeber- und Fabrikantenvereinigungen als Gegenstück zu den bezüglichen Arbeiterorganisationen hat man noch nirgends etwas gehört, es bestehen solche auch nicht, und als vor einigen Jahren von einigen katholischen Heißspornen der Gewerkschaften eine katholische Arbeiterorganisation auf der ganzen Linie gegründet, hat dagegen nicht nur die gesamte Unternehmerpresse, sondern insbesondere auch die katholische Parteipresse entschieden Stellung genommen und die Gründerei ist infolgedessen tatsächlich unterblieben.

Das Besondere an dem gemeinschaftlichen Vorgehen der Bergarbeiterorganisationen beim jüngsten Generalstreik ist die ungemein weit gehende Selbstverleugnung der Leiter des alten Verbandes gegenüber den anderen Organisationen und die große Bescheidenheit, mit der sie förmlich in den Hintergrund traten, um die anderen handeln zu lassen. Davon sind die Christlichen und Hirsch-Dunderschen und noch manche andere Leute entzückt, und man erfährt bei dieser Gelegenheit endlich einmal, was man auf jener Seite eigentlich unter gewerkschaftlicher Neutralität den freien Gewerkschaften gegenüber versteht. Es ist das Verschwinden oder Aufgehen der freien Gewerkschaften in den Hirsch-Dunderschen oder den christlichen Gewerkschaften oder höchst gleichmäßig verteilt in beiden, denn beide Sorten Gewerkschaften sind von Haus aus — nach ihren eigenen und den Behauptungen ihrer bürgerlichen Protektoren — die organisierte oder verkörperte Neutralität an sich, während im Gegensatz dazu die Gewerkschaften unneutrale Parteiorganisationen sind. In diese heitere Sorte von gewerkschaftlicher Neutralität haben sich die Herren nachgerade so sehr verrannt, daß sie für ihr ganz unneutrales Gebahren keinen Sinn mehr haben.

Die christlichen Gewerkschaften als konfessionelle Organisationen bedeuten an sich eine Negation jeder Neutralität von vorn herein. Sie verlangen von jedem, der ihr Mitglied werden will, den Tauffchein oder setzen stillschweigend dessen Besitz als selbstverständlich voraus. Sie verlangen oder setzen voraus, daß ihre Mitglieder als Gläubige ihre religiösen Pflichten der Kirche gegenüber erfüllen, andernfalls sie keine Vollmitglieder mehr sind und daher auch nicht mehr in die Gemeinschaft der christlichen Gewerkschaften gehören. In politischer Beziehung wurden sie als Filialen der Zentrums-Partei bezeichnet und ihre Mitwirkung und Beteiligung bei den von der Zentrums-Partei veranstalteten katholischen Kongressen und anderen Zusammenkünften sowie ihre Bemunterung durch die Zentrums-Partei lassen jene Bezeichnung als durchaus gerechtfertigt und zutreffend erscheinen.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wurden im Jahre 1868 von den Fortschrittler Dr. Max Hirsch und Franz Dunder gegründet, und zwar gegen die von den Sozialdemokraten Schweizer und Hirsch gegründeten freien Gewerkschaften. Aus den damaligen Fortschrittler sind inzwischen „Freisinnige“ geworden, aber das Verhältnis der Gewerkschaften zu dieser Partei ist unverändert das gleiche geblieben. Die Gewerkschaften sind die Filialen der freisinnigen Partei und ihre beiden Führer Hirsch und Goldschmidt verkörpern dieses Verhältnis auch dadurch in ihren Personen, daß sie „freisinnige“ Abgeordnete sind, wie Bruhl als der geweseene erste Führer der christlichen Gewerkschaften Zentrumsabgeordneter ist. Die besondere Form der Hirsch-Dunderschen „Neutralität“ ist oder war dann noch der berühmte Revers zum Anschluß und zur Prospektierung der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter von den Gewerkschaften, ohne die sie freilich auch glücklich durchs Leben gekommen sind.

Die „Neutralität“ der beiden Sorten Gewerkschaften gegenüber bestimmten politischen Parteien ist also „klar“, das heißt sie ist keine Neutralität, das ganze „neutrale“ Gerede, das wir das ganze Jahr hindurch von jener Seite zu hören bekommen, ist nichts weiter als Neutralitätshumbung.

Ebenso schlecht steht es mit den christlichen und Hirsch-Dunderschen Neutralitätsspezialitäten in ihrer Presse. Liegt man die christliche Gewerkschafts- und die Hirsch-Dundersche Gewerkschafts-Presse, so fällt vor allem in jedem einzelnen dieser Blätter und fast in jeder ihrer Nummern die wilde, fanatische und giftige Heiße gegen die Sozialdemokratie auf, so daß man ganz an die Fachpresse der Unternehmer und insbesondere an die famose Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, den erstklassigen Schleißlein, erinnert wird. Wenn die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften neutral sind, was zum Teufel geht sie denn dann die Sozialdemokratie als eine politische Partei an? Sie haben aber von ihrer Neutralität eine solche Auffassung, daß sie ihnen die gehässige Bekämpfung der Sozialdemokratie geradezu zur Pflicht macht. Dafür nur ein Beispiel aus jüngster Zeit. Anlässlich der öffentlichen Besprechung des

infolge der Einführung der freien Arztwahl von der Münchener Ortskrankenkasse gemachten Defizits machte ein christliches Gewerkschaftsblatt die niederträchtige Heiße der anderen bürgerlichen Presse gegen die Sozialdemokratie mit, und es brachte auch die bekannte Resolution „der Generalversammlung“, die der Öffentlichkeit gegenüber als eine solche der Ortskrankenkasse erscheinen sollte, in Tat und Wahrheit aber nur eine solche des christlichen Gewerkschafts-Verbands war. Als nun ein freies Gewerkschaftsblatt des betreffenden Berufs die perfiden und gehässigen Verleumdungen der Sozialdemokratie durch das christliche Gewerkschaftsblatt mit ein paar Worten zurückwies, höhnte dieses über die Neutralität der freien Gewerkschaften. Die Neutralität der Christlichen und Hirsch-Dunderschen gestattete also sehr wohl die giftige Bekämpfung der Sozialdemokratie — es ist aber sofort unneutral, wenn die Presse der freien Gewerkschaften diese Angriffe und Verleumdungen zurückweist. Das ist eine raffinierte, jesuitische Doppelzüngigkeit und Doppel-moral, die gerichtet ist, sobald man sie an den Pranger stellt.

Aus alledem ergibt sich, daß die christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nicht neutral sind in bezug auf die Parteipolitik, daß sie vielmehr in bestimmtem Verhältnis zu politischen Parteien, nämlich zur Zentrums-Partei und zu den Freisinnigen, stehen und daß sie es ferner als eine ihrer ersten Aufgaben betrachten, in ihrer Presse, bei ihrer Agitation, in ihren Versammlungen die Sozialdemokratie zu bekämpfen, und zwar in der gehässigsten, verleumderischen Weise.

Nun zu den freien Gewerkschaften. Sind sie neutral? Sie sind insofern neutral, als sie ihre Tore für die gesamte Arbeiterklasse ohne Unterschied des Glaubens und der Parteizugehörigkeit weit offen halten, als sie weder nach der Religion noch nach der politischen Meinung fragen. In der Tat sind in den freien Gewerkschaften Katholiken und Protestanten, Juden und Atheisten, Ultramontane, Liberale, Freisinnige, Nationalsoziale und Sozialdemokraten nebeneinander vertreten. Hier handelt es sich um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, um die Beseitigung der Mißstände in Fabriken und Werkstätten, um die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, um die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter, und daran ist ohne jeden Unterschied und ohne jede Ausnahme die gesamte Arbeiterklasse gleichmäßig interessiert. Das Glend der Arbeiter ist nicht konfessionell und nicht parteipolitisch, es ist wirtschaftlich, wie auch der Kapitalismus nicht konfessionell oder parteipolitisch, sondern ein wirtschaftliches System ist.

Das Fundament der freien Gewerkschaften, und hierauf allein kommt es an, ist demnach durchaus neutral.

In parteipolitischer Beziehung stehen die freien Gewerkschaften in dem gleichen Verhältnis zu der sozialdemokratischen Partei, in dem die christlichen Gewerkschaften zu der Zentrums-Partei und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zu den Freisinnigen stehen. Über dieses Verhältnis ist nur äußerlich, formell das gleiche, materiell und tatsächlich ist es ein ganz anderes. Die Zentrums-Partei und die freisinnigen Parteien sind bürgerliche Parteien, die in erster Linie bürgerliche Interessen, die Interessen der besitzenden Klassen vertreten und die nur so nebenbei und gelegentlich auch für einige Interessen der Arbeiter einsehen, insofern dies die parteipolitische Rücksicht auf die einzelnen Arbeiter und Wähler erfordert.

Im Unterschied dazu ist die sozialdemokratische Partei die Arbeiterpartei, die Partei der Arbeiter, die sich zu 99 Prozent nur aus Arbeitern zusammensetzt und die nur Arbeiterinteressen vertritt. Diese Arbeiterpolitik steht aber durchaus nicht im Gegensatz zu den Interessen der Gesamtheit, im Gegenteil werden diese durch die Förderung der Arbeiterinteressen ebenfalls gefördert; denn die Arbeiterpartei macht den größten Teil des Volkes aus, und wenn ihre Lage verbessert wird, kann dadurch die Lage des gesamten Volkes nicht verschlechtert, sondern ebenfalls nur gehoben und gefördert werden. So bewegt sich die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei in der gleichen Richtung, wie die der Gewerkschaften, sie sucht das durch politische Tätigkeit mittels der Gesetzgebung als Staatshilfe zu erreichen, was die Gewerkschaften nicht durch ihre Selbsthilfe erlangen können; oder sie sucht das gesetzlich festzulegen und zu sichern, was die Gewerkschaften erkämpft haben. Die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften stellen an ihre politischen Parteien die gleichen oder ähnliche Forderungen; um so verwunderlicher und daher eine blamable Kindstüßigkeit ist es, wenn sie in gleichem Atemzug nur von der wirtschaftlichen Selbsthilfe reden und den Gewerkschaften die von ihnen angestrebte Staatshilfe in Gestalt einer zeitgemäßen, alle Arbeiterinteressen vollumfänglich berücksichtigenden Gesetzgebung zum Vorwurf machen. Bekanntlich kann das die angeblich nur wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer ebenfalls. Der Zentralverein deutscher Industrieller und mit ihm alle anderen Unternehmervereine, der Bund der Landwirte, haben hervorragenden Anteil an der soeben unter Dach gebrachten neuen Hochschul- und Handelsvertragspolitik genommen; sie überschäumen das ganze Jahr hindurch Reichstag und Bundesrat, Reichskanzler und einzelne Minister, Bundesregierungen und andere Behörden mit Eingaben, Petitionen, Beschwerden und Forderungen aller Art; sie haben feierlich die Zuchthausvorlage gefordert und der erstgenannte Scharfmacherverein hat, wie bekannt, sogar 12 000 Mk. der Regierung zur Agitation für dieses Utentat auf die Arbeiter hingeworfen. Im Reichstag und anderen Parlamenten haben diese Unternehmervereinigungen ihre speziellen Vertreter, in allen Behörden ihre Freunde, und wenn da noch von der parteipolitischen Neutralität, von dem rein unpolitischen Charakter der wirtschaftlichen Unternehmervereinigungen geredet wird, so ist das der größte Schwindel des Jahrhunderts, auf dessen Gläubigkeit man nur das bekannte Sprüchlein anwenden kann: Es ist nichts zu dummen, es findet doch sein Publikum.

Politisch und parteipolitisch neutral verlief auch der Bergarbeiterstreik nicht und darum ist er auch das ungeeignete Beispiel für die parteipolitische Neutralität d Gewerkschaften. Der Sozialdemokrat

Sue interpellierte die Regierung im Reichstag über ihre Stellungnahme zum Streik, über ihre Absichten, gesetzgeberisch einzugreifen. Und Vertreter der Regierung wie der Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, drückten den Streikenden ihre Sympathien aus und es wurde auch, insbesondere vom Handelsminister Müller, die Staatshilfe in Gestalt des arbeiterfreundlichen Ausbaus der Berggesetzgebung zugesagt. Also Staatshilfe und Selbsthilfe oder umgekehrt Selbsthilfe und Staatshilfe.

Dieser Auffassung entsprechen auch die Aufgaben des Staates, der nicht bloßer Selbstzweck, sondern Mittel zum Zwecke ist, der in der alleseitigen Förderung und Vervollkommenung aller seiner Glieder, des ganzen Volkes, besteht. Man treibt auch nicht Politik um ihrer selbst willen, sondern benutzt sie als Mittel zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen. Darum das eifrige Bestreben der besitzenden Klassen, ihren politischen Einfluß, ihre politische Machtstellung nicht nur zu behaupten, sondern noch fortwährend weiter zu vermehren und zu befestigen, darum die Niederhaltung der Arbeiter mit allen Mitteln, darum das elende Klassenwahlrecht, darum die Klassenjustiz, darum die kapitalistische Klassenregierung und der kapitalistisch-feudale Klassenstaat. Und darum hat Karl Marx mit Recht sein unsterbliches Werk, das dreibändige „Kapital“, die „Kritik der politischen Ökonomie“ genannt.

Wir kommen zum Schluß und konstatieren, daß es eine rein parteipolitische Neutralität der wirtschaftlichen Vereinigungen auf der ganzen Linie nicht gibt und daß alles gegenteilige Gerede entweder Irrtum oder Selbsttäuschung oder Schwindel ist. Von den wirtschaftlichen Arbeitervereinigungen haben einzig die freien Gewerkschaften insofern eine Neutralität, als sie unterschiedslos und bedingungslos alle Arbeiter als Mitglieder aufnehmen. Politisch und parteipolitisch neutral können die wirtschaftlichen Vereinigungen, auch die der Arbeiter, gar nicht sein, weil Politik kein Gegensatz zur Wirtschaft ist, vielmehr ihr Spiegel ist, und weil die politischen Parteien nichts anderes sind als die Vertretungen bestimmter wirtschaftlicher Interessen gegenüber der Gesetzgebung und öffentlichen Verwaltung. Für die Arbeiter ist diese Interessenvertretung die sozialdemokratische Partei, weil sie die Arbeiterpartei ist und weil sie daher nur Arbeiterpolitik treibt. Es hat daher nicht die Arbeiterpartei mit der Sozialdemokratie zu brechen, denn dadurch würde sie sich ja selbst aufgeben, sondern jene Arbeiter, die heute noch nicht auf dieser Seite stehen, haben ihr Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien zu lösen, die in der Hauptsache andere Interessen als Arbeiterinteressen vertreten, und sich der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anzuschließen. Bei klarer Erkenntnis der Dinge und ehrlicher konsequenter Betätigung ergibt sich dieser Weg von selbst.

Die Eisenindustrie und die neuen Handelsverträge.

In der letzten Februarwoche hat die konservative-liberal-national-liberal-freisinnige Reichstagsmehrheit die neuen Handelsverträge angenommen. Es sind besonders die Verträge mit Rußland und Österreich-Ungarn, die für unsere Eisen-, Stahl- und Metallindustrie große Bedeutung haben, desgleichen für unsere Maschinen- und Kleineisenindustrie. Vitale Interessen von weit über einer Million Metallarbeiter werden durch die Handelsverträge berührt. Wohl haben konservative und ultramontane Kneker im Reichstag protestiert gegen die Bezeichnung Deutschlands als Industriestaat, aber die Tatsache steht doch nun einmal fest, daß in Deutschland sich immer mehr Menschen der Industrie zu- und von der Landwirtschaft abenden.

Ganz unzweifelhaft ist auch die steigende Bedeutung Deutschlands als industrielles Exportland, zumal was die Eisenindustrie anbelangt. Nach den soeben veröffentlichten Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ist zwar 1904 wieder eine Zunahme des inländischen Eisenverbrauchs eingetreten, jedoch ist der Überschuß der Erzeugung über den Selbstverbrauch seit 14 Jahren gewaltig gestiegen. Nach jenen Ermittlungen hat im deutschen Zollgebiet betragen:

	Eisenverbrauch Tonnen	Selbstverbrauch pro Kopf der Bevölkerung Kilogramm	Einheimische Eisenerzeugung pr. Kopf Kilogramm
1890	5 920 951	81,7	97,1
1900	7 377 339	131,7	152,1
1904	6 624 427	115,7	174,5

Wir sind also auf eine sehr starke Ausfuhr angewiesen, sollen die Betriebe aufrecht erhalten bleiben. Vornehmlich sind es Halb- und Fertigfabrikate, deren Ausfuhr die Einfuhr gewaltig übersteigt. 1904 sind an Walzwerkprodukten und Eisenwaren bei uns eingeführt nur 105 000 Tonnen, ausgeführt wurden aber 2 058 000 Tonnen. Es ist die Halb- und Fertigfabrikation, die vornehmlich die Ausfuhr forcieren muß, die Hoheisenproduktion kommt weniger in Betracht. Wir haben gewisse Zweige der Kleineisenindustrie (zum Beispiel die Schneidzeugfabrikation in Solingen, Remscheid etc.), die seit langem schon Weltindustrie sind und darum sehr stark an für sie guten Handelsverträgen interessiert sind.

Was bieten uns die genehmigten Handelsverträge der Eisenindustrie? Geben wir hierzu der Zeitschrift Stahl und Eisen, Organ der Eisen- und Stahlindustriellen das Wort. In dieser Zeitschrift (Nummer vom 15. Februar) veröffentlicht „die Redaktion“ einen Leitartikel, in dem über die Wirkung der (damals noch nicht angenommenen) Handelsverträge auf unsere Eisenindustrie folgendes vernünftige Urteil gefällt wird:

Italien ist „der bisherige große Konkurrenz ganz erhalten geblieben“.

„Die schon exorbitant hohen Zölle des alten Vertrags mit Rußland... haben bei einer ganzen Reihe von Erzeugnissen weitere

erhebliche Steigerungen erfahren ... hierdurch ist der deutsche Eisenausfuhr nach Rußland ... der Boden vollständig entzogen!

Gegenüber Österreich-Ungarn ist die deutsche Eisenausfuhr in eine außerordentlich ungünstige Lage versetzt.

Die Eisenhüttenindustrie ist bei dem Abschluß der Handelsverträge „außerordentlich schlecht gefahren“, aber das sei „in noch viel höherem Maße der Fall bei dem Maschinenbau und der Kleinisenindustrie“!

Das ganze Elend, in das der deutsche Maschinenbau durch die neuen Handelsverträge geraten, illustriert Stahl und Eisen an der Gegenüberstellung von deutschen und amerikanischen Maschinenzöllen.

„Äußerlich traurige Verhältnisse“ ergaben sich durch die neuen Zollsätze für die Kleinisenindustrie!

Schon die neudeutsche Handelsvertragspolitik fürchterlich bloßstellenden Artikel schließt die Reaktion mit einer scharfen Kritik der Regierung und der Unterhändler, die „viel zu weit gegangen seien“.

Da es sich hier um das Urteil der vornehmsten eisenindustriellen Fachzeitung Deutschlands handelt, verdient es zur Kennzeichnung unserer dem Großagrariertum zuliebe abgeschlossenen Mißhandelsverträge weitest Verbreitung.

Der Kost- und Logiszwang — ein kulturfeindliches System.

Das Kost- und Logiszwang wird meist als ein Überbleibsel früherer Jahrhunderte, als ein Rest des alten Zunftwesens und als eine nur noch mit dem ausstorbenden Kleinhandwerk zusammenhängende Erscheinung geschildert, die mit diesem notwendig im Niedergang begriffen sei.

Angenichts dieser Entwicklung drängt sich der Arbeiterenschaft mehr und mehr die Erkenntnis auf, daß man die Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges nicht erheblich antizipiert und einseitig betrachtet habe, daß es bisher genügt, dem Untergang der Kleinindustrien das Gemeinwohl nachzusehen, sondern, daß der Kampf auch gegen das in weit höherem Grade kulturfeindliche großindustrielle Arbeitszwangssystem geführt werden muß.

Die gewerkschaftliche Behandlung dieses Problems wird sich dagegen mit seinen Wirkungen gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen und Zielen und mit seiner Überwindung durch die Macht der Organisation betreffen.

Das alles soll uns heute nicht beschäftigen. Aufgabe dieser vorliegenden Ausführungen soll es vielmehr sein, die kulturelle Seite dieses Systems gründlich zu klären.

7) Aus der Agitationschrift der Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges.

Einlang Hände und wenn es den gewerkschaftlichen Bestrebungen weniger hinderlich wäre. Dieser Nachweis der Kulturwidrigkeit ist für die Praxis der Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges durchaus nicht bedeutungslos, denn das Unternehmertum verleiht demselben als notwendig im Interesse der Gehilfen, als Arbeiterwohlfahrtsmaßnahmen, als dem Geiste der sozialen Gerechtigkeit entsprechende. Und nicht immer ist dieses System von so offensichtlich hygienischen Gefahren begleitet, daß diese allein die Kehlen der Agitation bestreiten könnten.

Kultur bedeutet Weiterentwicklung, Fortschritt und Hebung der Menschheit zu höherer wirtschaftlicher, geistiger und sozialer (gesellschaftlicher) Stufe, Entwicklung jedes Einzelnen zum selbständig denkenden und handelnden Mitglied der menschlichen Gesellschaft und Aufbarmachung aller Kräfte für das Gemeinwohl.

Der Kost- und Logiszwang hindert aber die wirtschaftliche Selbstständigkeit des Arbeiters.

Das Arbeitsverhältnis soll keine Sklaverei sein, die den letzten Rest freier Persönlichkeit im Arbeiter zerstört und ihn dem willenlosen Werkzeug gleich macht, sondern ein Verhältnis freier Vereinbarung gleichberechtigter Faktoren, das dem Arbeiter für die Ausnutzung seiner Arbeitskraft einen dem Wert derselben entsprechenden Lohn sichert.

Und vorläufigswill wird diese Unfreiheit für den Arbeiter wenn er entlassen wird. Wer ein Heim hat, besitzt ein Stück Selbstständigkeit, das selbst dem Arbeitslosen über schwere Stunden hinweg hilft.

Noch weit mehr aber verächtlich sich derjenige an einem jungen Arbeiter, der ihn durch den Kost- und Logiszwang beim Ausleben auch noch die Fähigkeit, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen und sein Leben selbst gestalten zu lernen, raubt.

Und ein freier Mensch sein, heißt ein Leben zu führen. Besondere das Leben des Arbeiters ist ein hohes wirtschaftliches, kulturelles und geistiges Ziel der Selbstbehauptung. Und die Kräfte der Selbstbehauptung können nur dann in der Freiheit der Arbeit in diesem Kampfe gegen die Unterdrückung der Arbeit, die etwas erreichen kann.

Der Kost- und Logiszwang hindert auch die geistige Selbstständigkeit des Arbeiters.

Der verächtliche Kampf ums Dasein in der modernen Gesellschaft verzerrt die Entwicklung aller geistigen Kräfte und die Ausnutzung jeder Schlagfertigkeit zum Lernen, Fortschreiten und Bildungserfolge, Bücher und Zeitschriften, Vorträge und Sammlungen bieten dem jungen Arbeiter eine reiche geistige Nahrung.

genossen teilen, die ihm seine Unfreiheit besonders empfinden lassen. Vor allem ist aber dieser Hauszwang unverträglich mit jeder freien Bildung des Arbeiters. Kein politisches Arbeiterblatt, kein Gewerkschaftsorgan darf über die Schwelle des Arbeitgeber kommen, das nicht dessen Billigung findet; in dieser Beziehung wacht der Meister besonders sorgsam über den Frieden seines Hauses und hält alle „aufreizende“ und „vergiftende“ Lesüre fern.

Man kann den Kost- und Logiszwang sowohl vom hygienischen als vom rechtlichen und gewerkschaftlichen Standpunkt aus bekämpfen. Vom hygienischen Standpunkt aus würde nachzuweisen sein, daß die hygienischen Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, die den Arbeitern ausgesetzt werden, gesundheitsschädlich sind (im Wäckerwerke sind diese Gefahren sowohl für die beteiligten Arbeiter als auch für das konsumierende Publikum schon häufig geschildert worden).

„Wohlfahrt“.

Die Firma Reif (Technisches Verstandhaus) in dem Städtchen Liebenwerda der Provinz Sachsen scheint ein kleines Königreich im Stummigen Geiste errichten zu wollen. Nach vieler Mühe gelang es im vorigen Jahre einen Teil der dort beschäftigten Metallarbeiter von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen.

Stiftung einer freiwilligen Alters-Versicherungskasse für die Arbeiter der Firma R. Reif, Liebenwerda.

Mit dem heutigen Tage gründet die Firma R. Reif-Liebenwerda für ihre Arbeiter eine freiwillige Alters-Versicherungskasse. Diefelbe verfolgt den Zweck, die Arbeiter durch reichliche Verzinsung ihrer Einlagen zu dem Erwerb anzuspornen und ihnen Gelegenheit zu geben, sich ohne erhebliche Einschränkung im Laufe der Zeit eine Summe anzusparen, welche sie in den Stand setzt, im späteren Alter, wenn erforderlich, einen leichteren Erwerb zu ergreifen, oder ihnen bei allgemeiner Verdrückter Erwerbsfähigkeit einen Rückhalt zu bieten.

lehtverflohenen Vierteljähres. 4. Derjenige Buchinhaber, welcher sich grobe Verstöße gegen die bestehenden Arbeitsordnungen zu Schulden kommen läßt, die keine Entlassung im Gefolge hat, erhält, wenn er bis 50. Lebensjahr noch nicht übertritt, oder wenn er noch nicht 30 Jahre in Diensten der Firma tätig war, nur seine eigenen Einlagen mit Zinsen und Zinseszinsen sofort bei seinem Austritt ausgezahlt, während die Zuschüsse und deren Zinsen zugunsten der Unterstützungskasse verfallen. In gleicher Weise wird verfahren, falls die Führung des Sparers dessen Entlassung aus seiner Arbeit aus oder unserer Vertretung nötig erscheinen läßt. Die Zinsen seiner Einlagen werden in diesen Fällen nur bis zum Abschluß des letztbeendeten Quartals berechnet. Die Bestimmungen zu dritten und vierten haben den Zweck, zu verhindern, daß Arbeiter, nur um sich in den Besitz des Ersparnis und von der Firma zugewiesenen Geldes zu setzen, aus nützlichen, unzutreffenden Gründen ihre Arbeitsstelle verlassen. § 6. Die Sparbücher sind fortlaufend nummeriert, lauten auf den Namen des Sparer und sind nicht übertragbar. Das Verpfänden oder Verleihen des Sparbuches an Dritte ist unzulässig und begründet keinerlei Rechte Dritter gegen die Firma. § 7. In Fällen des Abhandlungens des Sparbuches wird dem betreffenden Arbeiter ein neues Buch ausgeteilt. Er hat bei der Abhandlung eine Bescheinigung zu erteilen, daß er aus dem abhandlung genommenen Buche keinerlei Rechte gegen die Firma herleitet. In dem neuen Sparbuche wird der nachweislich in dem abhandlung genommenen Sparbuche eingeschriebene Betrag gleichlaufend mit dem seitens der Firma gebührenden Sparkonto eingetragen. § 8. Die Einkragungen der Ein- und Auszahlungen werden in den Sparbüchern durch die Unterschrift des Kassierers und des Vorstandsbesitzers beglaubigt. § 9. Wir verpflichten uns bei Aufgabe oder Verkauf unserer Geschäfte allen Arbeitern die in den Sparbüchern eingetragenen Beträge und Zuschüsse mit Zinsen auszugeben, ohne irgend etwas zurückzubehalten. Fremde welche weitere Verpflichtungen der Firma den Sparern gegenüber haben damit auf. § 10. Sparanlagen, welche nicht innerhalb eines Jahres nach Auflösung der Firma erhoben werden, werden von den Inhabern der Firma nach eigenem Ermessen zu irgend einem nützlichen Zwecke zugunsten der Arbeiter verwendet. § 11. Die Entscheidung über Auszahlung von Sparanlagen infolge eingetretener Notstände des Sparers wird auf dessen Antrag von einem Komitee von drei Mitgliedern getroffen. Dieses Komitee besteht aus fünf von den Sparern aus ihrer Mitte gewählten Arbeitern. Wahlberechtigt sind alle volljährigen Mitglieder, wählbar in das Komitee jedoch nur solche Mitglieder, welche das 30. Lebensjahr vollendet und mindestens fünf Jahre in unserem Betrieb tätig sind. Dieses Komitee wählt unter sich einen Vorsitzenden und einen Schriftführer. Am Schlusse jeden Jahres scheidet ein Mitglied des Komitees nach dem Alter der Zugehörigkeit aus. Die zuerst Ausscheidende werden durch das Los bestimmt. Die ausscheidenden Mitglieder sind wieder wählbar. Alle Beschlüsse des Komitees müssen durch einfache Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Beschlüsse sind in ein Protokollbuch einzutragen und dem Firmeninhaber zur Kenntnisnahme vorzulegen. § 12. Sollten im Kreise unserer Arbeiter, trotz unserer ihnen stets bewiesenen und auch ferner beweisenden Fürsorge Komplikationen zwecks Nötigung oder Vereinfachung unserer geschäftlichen Entscheidungen irgend welcher Art vorkommen, so behalten wir uns vor, die ersparten Gelder nach Maßgabe des § 5 sofort zurückzugeben und alle in diesen Bestimmungen enthaltenen Vergünstigungen ganz oder teilweise aufzuheben. § 13. Die freiwillige Alters-Versicherungskasse tritt mit dem 1. Januar 1903 in Kraft.

Wenn auch in den Statuten dieser Alters-Versicherungskasse gesagt wird: Der Beitrag ist freiwillig, so wird von den Meistern ohne und auf höhere Weisung mit jenem Druck nachgeholfen werden. Im § 2 wird verlangt, daß mindestens 50 Pf. die Woche erspart werden müssen. Um aber sparen zu können, müßte die Firma die ihren Arbeitern Gelegenheit auf andere Weise geben. Wenn die gezahlten Löhne schon im allgemeinen kaum ausreichen, die Lebensbedürfnisse einigermaßen zu befriedigen und vom Sparen gar keine Rede sein kann, so mögen zwei Beispiele genügen, um zu beweisen, wie das Wohlwollen der Firma Meiß gegen ihre Arbeiter aussieht. Ein Mechaniker bekam eine Arbeit in Auftrag. Nach einigen Tagen sah er ein, daß er mit dem festgesetzten Akkordpreis nicht zurecht kommen könnte. Auf seine Reklamation wurde ihm vom jungen Herrn bedeutet, er möge seine Arbeit anpacken, die würde ihn nicht gleich verhungern lassen. Ein anderer Mechaniker bekam für 14 Tage Arbeit überhaupt keinen Lohn. Die Firma hat bei diesem, um ihr besseres Wohlwollen zu zeigen, nicht einmal die Invalidentaxe in Ordnung gebracht. Herr Meiß bemerkt: Sie haben ja nichts verdient, wir zahlen nicht, von was wir die Beiträge abziehen sollen. Wie man anzusehen solcher Zustände noch die Stirn haben kann, eine Sparkasse einzurichten, können wir nicht begreifen.

Im § 12 wird ja der Zweck dieser Einrichtung demlich genau ausgesprochen. Die Firma will die Arbeiter „sehen“, um sie vor „Komplikationen“ vor den Organisations- und gewerkschaftlichen Herr Meiß jr. sagte ja auch in seiner Rede: „Ich erwarte von ihnen (den Arbeitern), daß sie mit dieser unseren Arbeitern bewiesenen Fürsorge jedem Agitator entgegenzutreten werden und auch können.“ Wie können aber jetzt schon sagen: Das Gegenteil von dem, was man wollte, ist eingetroffen. Deshalb danken wir Herrn Meiß für die — wenn auch ungewollte — Agitation für den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Die Kollegen ersuchen wir, unermüdetlich für die Ausbreitung des Verbandes zu agitieren, jeder in seinem verarbeitenden Metallarbeiter muß unser Mitglied werden.

Zum Ausbau unseres Verbandes.

Die Einwendungen, die gegen die Einführung der Gewerkschaften gemacht worden sind, gehen nach meiner Ansicht von sehr engen Gesichtspunkten aus und haben ein vollkommenes Verdrängnis. Arbeitslosigkeit und Krankheit sind es in erster Linie, die die ohnehin kümmerliche Existenz des Arbeiters am meisten gefährden. Ich erwarte es sogar als Pflicht des Verbandes, die Mitglieder vor der äusseren Not zu schützen. Daß die Beiträge demselben während der Krankheit und sonstigen Unfällen zufließen, ist selbstverständlich. Manche Kollegen besorgten, daß durch Einführung der Unterstüßungskasse der Klassenkampfcharakter unserer Organisation verloren ginge. Dem entgegne ich: Nicht durch das Unterstüßungswesen wird dem Klassenbewußtsein der Arbeiter Abbruch getan, sondern durch Vernachlässigung der Aufklärungsarbeit in unseren Reihen. Es gibt Strömungen in der modernen Arbeiterbewegung, die durch lärmliche Experimente das fakturistische Verwärtsstreben der Arbeiter dahin zu hemmen versuchen. Diese Strömung ist auch auf unseren Bezirkskonferenzen zutage getreten. Die Mitarbeiter sucht man jetzt ernstlich als überflüssigen Ballast abzutun. Es heißt, die Mitarbeiter koste zu viel Geld und habe bis heute ihren Zweck nicht erfüllt. Auf der Bezirkskonferenz in Dresden stellte Bezirksleiter Haack die These auf: „Die Arbeitsruhe am 1. Mai ist ein Generalstreik, wir sind gegen den Generalstreik, müßten müßten wir auch gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai sein.“ Bezirksleiter Schlegel sekundierte dann in Dresden weiter: „Generalstreik ist Generalstreik.“ Kollege Schlegel hat jedoch dabei vergessen, daß das Sprachlein schon etwas älter und daß es auch Kollegen gibt, die doch etwas anders über den Generalstreik denken. Doch wird vorläufig noch mancher Kollege das bekannte Sprichlein nachsprechen. Wenn man Ideen wie die der Mitarbeiter und des Generalstreiks mit solchen oberflächlichen Redensarten abtun versucht, wie es auf den Bezirkskonferenzen geschehen ist, so beweist man damit nur, daß mancher unserer Kollegen in fälschlicher Weise in der Überschätzung seines materieller Vorteile die wahren Ziele und Bedürfnisse aus dem Auge verliert, die jedoch der Erneuerung der modernen Arbeiterbewegung erst den nötigen Schwung geben haben. Willen wir nicht verkommen und verkommen, so haben wir auch daran festzuhalten, daß die Gewerkschaften die Keime und Träger einer neuen Gesellschaftsordnung sein müssen und sein sollen. Als Hauptargument

führt man den Kostenpunkt gegen die Mitarbeiter ins Feld. Haben denn die Ausgaben für sie wirklich so große Summen verschlungen? Die Entnahmen, die für Maßregelungen ausgegeben worden sind, sind im Verhältnis zu den Einnahmen, über die der Verband verfügt, ziemlich mäßig. Von diesen Ausgaben fällt nur der geringere Teil auf das Konto Mitarbeiter. Ich bin vernünftig genug, um einzusehen, daß in einer großen Anzahl von Betrieben die Arbeitsruhe vorläufig noch nicht durchführbar ist, aber ich weiß auch, daß in einer ganzen Anzahl Betriebe die Arbeitsruhe am 1. Mai schon besteht und in einer anderen Anzahl die Entwicklung so weit gediehen ist, daß man zur Durchführung der Arbeitsruhe schreiben kann. Was in Österreich bei bedeutend schwächeren Organisationen möglich ist, muß in Deutschland erst recht möglich sein. In Österreich trägt der 1. Mai ein bedeutend imposanteres Gepräge. Woher kommt das? Nun, weil sich die Führer der Gewerkschaften besser angenommen haben und der ideale Wert der Mitarbeiter besser propagiert worden ist.

Da man gerade auf unseren Bezirkskonferenzen von dem Kostenpunkt so viel Aufhebens gemacht hat, so sehe ich mich genötigt, einmal die Frage aufzuwerfen: Was kosten uns denn die Bezirkskonferenzen? Ist das Geld, das für sie angeworfen wird, wirklich dem Zwecke entsprechend angewendet? Ich sage: Nein. Einen großen Teil der Zeit füllten die Tätigkeitsberichte der Bezirksleiter aus. Ich meine, diese Berichte hätten in der Metallarbeiter-Zeitung gegeben werden können. Der Wert der auf den Konferenzen gefaßten Beschlüsse ist gleich Null, weil sie die Generalversammlung wieder unmöglich machen. Letztere ist allein maßgebend. Darum löst man diesen Konferenzen, denn sie kosten uns viel Geld und haben keinen Wert.

Kollege Haack hat auf der Bezirkskonferenz in Dresden seine Streikart auch nach einer anderen Richtung hin aufzuweisen. Die Gewerkschaftskartelle sollen nach seiner Meinung nichts nachzulassen, sollen keinen Zweck mehr haben. Ich sehe in den Kartellen die äußerste Form des Solidaritätsgedankens der Arbeiter aller Berufe. Die Zeit ist noch gar nicht fern, wo der Metallarbeiter-Verband die Kartelle an manchen Orten in Anspruch nehmen möchte, um seinen Fuß fassen zu können, und das kommt heute noch vor. In der Verwaltungskasse Stodum bei Duisburg befindet sich das Amt des Verwaltungskomitees ein Schuhmacher, weil von den in Betracht kommenden Kollegen keiner das Amt annehmen kann, ohne sich der Gefahr der Maßregelung auszuweisen. Aber so ist es ja auch sonst. Eine Berufsgruppe muß der anderen unter die Arme greifen, damit die Arbeiterorganisationen auf der ganzen Linie erstarren. Das Berufsinteresse darf nicht über das Gesamtinteresse gestellt werden. Ganz freudig ist uns ja die Strömung im deutschen Gewerkschaftsleben nicht, als deren vorwärtiger Vertreter Kollege Haack in Dresden aufgetreten ist. Vor noch nicht gar so langer Zeit vertrat die Vergarbeiterzeitung die Meinung, daß die Vergarbeiter sich gar nicht an die Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse zu halten hätten. Einige Wochen später sah sich die Zeitung des Vergarbeiter-Verbandes genötigt, an das Solidaritätsgedächtnis der Arbeiter aller Länder zu appellieren, um für die deutschen Vergarbeiter in ihrem Kampfe Unterstützung zu erlangen. Wir sehen also, in welche Katastrophen uns diese „neue praktische Taktik“ bringen kann. Kollege Haack will Vereinfachung der Kartelle, er will, daß die Metallarbeiter „für sich“ kämpfen sollten, denn was kümmern nach seiner Meinung den Deutschen Metallarbeiter-Verband die Organisationen und Organisationsformen der anderen Berufe. Haack will die extreme Vertretung der Berufsinteressen, aber er bedenkt nicht, daß die Durchführung dieses Planes die Schädigung der Allgemeininteressen im Gefolge haben wird. Nicht nur ist die Wahphtung, die Gewerkschaftskartelle seien Goldwundermittel. In der Arbeiterbewegung läßt sich nun einmal der kaufmännische Grundsatz nicht anwenden, daß man nur da einen Gewinn einsehen soll, wo zwei gewonnen werden können. Wenn hier und dort ein Kartell nicht gearbeitet hat wie es sollte, so ist das kein Grund, eine Einrichtung ins alle Getrieb zu werfen, deren ideellen Wert man nicht unterschätzen soll. Fehler werden überall gemacht. Auch unsere Bezirksleiter machen Fehler.

Ich möchte zum Schlusse nun noch auf einen Punkt eingehen, der allgemeines Interesse verdient. Statutarisch ist der Verband verpflichtet, auch das geistige Wohlbefinden der Mitglieder zu heben. Sind wir nun dieser hohen Aufgabe bisher voll gerecht geworden? Nein! Nach dieser Richtung hätte mehr getan werden können. Je solcher unter Verband ein Mitglied zugehört in die Höhe schmeißt, desto mehr haben wir unsere Aufmerksamkeit der geistigen Ausbildung der Kollegen zu widmen. Unter geistiger Ausbildung verstehe ich hier, das Verständnis für die gesamten gesellschaftlichen, sozialen, kultur- und ökonomischen Zusammenhänge zu wecken, wozu die Pflege von wissenschaftlicher Schulung unter besonderer Berücksichtigung der Naturwissenschaften. Man wird mir entgegenhalten, die Kollegen bekommen in jeder Woche ihre Zeitung und außerdem hat jede Verwaltungskasse eine Bibliothek. Ich gebe zu, daß wir im Besitz eines aus dem reichsten Gewerkschaftsstandes sind. Aber die Metallarbeiter-Zeitung hat einen Mangel. Es müssen ihr mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist nötig, daß populäre geistreiche Vorlesungen rein wissenschaftlichen Inhaltes erscheinen, sowie Besprechungen der gesamten wissenschaftlichen, sozialen, kultur- und ökonomischen Zusammenhänge zu wecken, wozu die Pflege von wissenschaftlicher Schulung unter besonderer Berücksichtigung der Naturwissenschaften. Man wird mir entgegenhalten, die Kollegen bekommen in jeder Woche ihre Zeitung und außerdem hat jede Verwaltungskasse eine Bibliothek. Ich gebe zu, daß wir im Besitz eines aus dem reichsten Gewerkschaftsstandes sind. Aber die Metallarbeiter-Zeitung hat einen Mangel. Es müssen ihr mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist nötig, daß populäre geistreiche Vorlesungen rein wissenschaftlichen Inhaltes erscheinen, sowie Besprechungen der gesamten wissenschaftlichen, sozialen, kultur- und ökonomischen Zusammenhänge zu wecken, wozu die Pflege von wissenschaftlicher Schulung unter besonderer Berücksichtigung der Naturwissenschaften. Man wird mir entgegenhalten, die Kollegen bekommen in jeder Woche ihre Zeitung und außerdem hat jede Verwaltungskasse eine Bibliothek. Ich gebe zu, daß wir im Besitz eines aus dem reichsten Gewerkschaftsstandes sind. Aber die Metallarbeiter-Zeitung hat einen Mangel. Es müssen ihr mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist nötig, daß populäre geistreiche Vorlesungen rein wissenschaftlichen Inhaltes erscheinen, sowie Besprechungen der gesamten wissenschaftlichen, sozialen, kultur- und ökonomischen Zusammenhänge zu wecken, wozu die Pflege von wissenschaftlicher Schulung unter besonderer Berücksichtigung der Naturwissenschaften.

Duisburg.

und klare Begründungen vor Augen zu führen besteht sein muß. Selbstverständlich ist es der Zweck der Vorstandsvorlage und ihrer Begründung, den etwa noch zweifelnden Teil der Kollegen von der Nützlichkeit der Sache zu überzeugen.

Kollege Ziegler bezeichnet sich als ein Gegner der Krankenunterstützung aus dem Grunde, weil er diese im Verband nicht als ein Mittel zum Zweck, sondern als „Zweckmittel“ ansieht, und darin erblickt er die Umwandlung oder den Übergang des Verbandes zu einer großen Versicherungsgesellschaft. Ich muß betonen, daß ich die Verfeinerung des Mitarbeiterverbandes durch Schaffung stabiler Versicherungseinrichtungen noch keineswegs als einen „Zweckmittel“ ansehe, und noch weniger den Zweck einer Organisation geschmälert sehe. Warum können nicht wir selbst es sein, die Versicherungsleistungen im Verband schaffen, die bisher in den Händen bürgerlicher Gesellschaften lagen? Ja sogar noch in Händen solcher Gesellschaften sich befinden, die unsere angehörenden Feinde sind. Hätten sich die Arbeiter nicht schon jetzt zu solchen Versicherungsleistungen hingezogen, und zwingt sie nicht schon das soziale Gewissen, solchen Lebensrisiken anzugehören? Ich bin der Meinung, daß gerade wir mit unserer Organisation eine unendlich materielle Kraft zur Verfeinerung unserer Mitglieder infolge unserer Verbundenheit, indem wir selbst die nötigen Einrichtungen schaffen; damit gewöhnt man die organisierten Arbeiter ganz sicher an ihren Verband. Und werden nicht beim gründlichen Ausbau von Verbandseinrichtungen unsere Klassen ganz bedeutend gestärkt werden? Es ist doch bekannt, daß das Leiden des Unternehmertums seine arbeitstötlichen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse stets nach dem Stande der Höhe der Klassenbewegung erwirkt. Und wir können sicher sein, daß beim Anschließen unserer Klassenverbände manche Schanzplanke zerfallen werden.

Wir nehmen? So meint Kollege Ziegler, der kapitalistischen Gesellschaft Pflichten und Rechte ab, ohne daß wir einen Vorteil davon haben, und übertragen sie der Arbeiterklasse? Schön! die Pflichten der kapitalistischen Gesellschaft gegen die Arbeiter alle aufzuschieben, dazu reichte der Mann dieser Spalten kaum aus. Aber den Feinden so viel als möglich abzurufen, das ist doch der Zweck unserer organisatorischen Zusammenhänge. Je mehr Kämpfer in unserem Verband vereinigt sind, die ich durch Schaltung des nötigen Maß von Klassenbewußtsein angezogen haben, um so leichter wird es sein, die tragende Macht unserer Gegner zu brechen. Oder können wir etwa von der kapitalistischen Unternehmertumsgesellschaft erwarten, daß sie in Erkenntnis ihrer sozialen Pflichten mit einem Schlage die Pflichten der Versicherung gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit aus den Händen nehmen wird? Opfer sind es, darin gerade ich dem Kollegen Ziegler Recht, die wir uns auferlegen. Diese übernehmen wir gern, weil wir überzeugt sind, daß je gute Früchte tragen. Und damit muß meine meinetwegen die Behauptung des Kollegen Ziegler: das wir keinen Vorteil davon haben, fallen.

Kauf Charakter unseres Verbandes ginge, so meinen manche Gegner, bei Einführung einer Kranken- beziehungsweise Gewerkschaftenunterstützung. So geht es immer beim Voranschritt einer fortschreitenden Einrichtung, nicht sind eine Anzahl Bestimmungen bereit, ganzheitliche Schiedspräsident auszuwählen. Wenn dann doch gegen den Willen dieser Gegner die Einrichtungen geschaffen werden, überzeugte sie sich von der Nützlichkeit und sie wurden aus den Gegnern (die die eifrigsten Anhänger). Es müßte in der Tat mit dem Ideal, das in unserer Vereinigung wurzelt, schlecht bestellt sein, wenn weitere fortschreitende Schöpfungen sie gefährden könnten.

Es soll nicht bestritten werden, daß es eine Anzahl Kollegen gibt, die behaupten, daß die Mitglieder, die in Distrikten mit schlechten Löhnen arbeiten, weitere Beitragserhöhungen unendlich ertragen könnten. Kann man diesem Einwand aber nicht entgegenhalten, daß eine große Zahl von Mitarbeitern noch in bürgerlichen Klimabereichen lebt? Arbeiter, Schreiner, Metzger, Klempner und sonstige Speisefürsorge sind es, die den Arbeitern die Beiträge aus der Tasche lodern. All diese vergewaltigte Geld können die Metallarbeiter in ihrem Verband einsetzend für kulturelle Zwecke und ihre eigenen Interessen verwenden. Es soll damit keineswegs gesagt sein, die Arbeiter sollten auf jedes Vergütungs verzichten. Im Gegenteil! Unterhaltungen und geistliche Vorlesungen können gepflegt werden außerhalb der bürgerlichen Klimabereiche, in der eigenen Organisation.

Leitung legt Gewaltsam voraus. Damit haben wir nun einmal zu rechnen. Es wird deshalb keineswegs unsere Organisation in dem Sinne des Kollegen Ziegler zu einer bloßen Versicherungsanstalt ohne jedes Zweckes bezweckt sein, unsere Agitatoren können nicht mit denen der aufdringlichen Versicherungsagenten und Hausierer, wie Kollege Ziegler zu behandeln beliebt, verglichen werden. Die technische Seite der einführenden Gewerkschaftenunterstützung kann und will ich des Raummangetes wegen hier nicht erörtern, zumal ich von deren Durchführbarkeit fest überzeugt bin.

Berlin. Gustav Vorwärts.

Auf die Vorlage des Hauptvorstandes näher eingegangen zu werden, da schon eine ansehnliche Zahl von Kollegen für und gegen sie ihre Ansicht kundgegeben haben. Aber mich zwingt eines, meine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Da ich die Verhältnisse einer kleinen Verwaltungskasse kenne, so bin ich der Meinung, daß, wo Löhne für ungelernete Schloffer von 21, 26 und 28 Pf. bezahlt werden, es schwer ist Agitation zu treiben, noch schwerer aber, den Beitrag einzufordern. Diese Kollegen fragen nicht: was kostet der Verband, sondern: was muß ich bezahlen, und dann betrachten sie ihren fargen Lohn — und das Resultat ist, daß sie für die Organisation nicht zu haben sind oder aber, sie treten nach kurzer Zeit wieder aus.

Meine Meinung geht nun dahin, daß der Kollege, der ernstlich bestrebt ist, sich gegen Krankheit zu versichern, das auf andere Weise tun kann, denn wir haben sehr gute und auch leistungs-fähige Kassen. Ich erinnere mich genau der Debatten bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung; es muß aber entschieden betont werden, daß gegen Arbeitslosigkeit gar nicht existiert, wo man sich hätte versichern können, aber gegen Krankheit kann man es, wenn man einigermaßen den Willen hat. Von den Beworthern der Vorlage des Vorstandes habe ich noch in keiner Weise vernommen, was die 10000 Kollegen machen sollen, die in der Metallarbeiterkassenkasse sind und dort Rechte erworben haben, welche Kollegen aber wahrscheinlich nicht an hinterster Stelle des Verbandes in bezug auf Agitation u. s. w. zu treffen sind. Ich bin zu der Überzeugung gekommen: lassen wir unsere Unterstüßungseinrichtungen so wie sie sind, schaffen wir vor allem menschenwürdige Zustände und Löhne, das man leben und sich anständig nähren kann. Wenn die Kollegen etwas geändert haben wollen, so mögen sie beschließen, daß dem arbeitstötlichen Kollegen vom dritten Tage an Unterstützung bezahlt wird und nicht nach acht Tagen. Er muß ja in dieser Zeit auch leben und seine Familie ernähren.

Zum Schlusse noch eines, Kollegen. Mir gibt es jedesmal etwas zu denken, wenn nach einem Streit eine so große Reihe von Kollegen wegen Streichbruchs ausgeschlossen werden müssen. Wie wird es erst dann aussehen, wenn wir solche Leute in unsere Reihen hereinbekommen, die es bis jetzt noch nicht der Mühe wert gefunden haben, sich uns anzuschließen, die aber dann kommen, wenn der Kranken-zustand eingekehrt ist, und wenn sie sehen, daß es etwas zu holen gibt. Ich glaube, daß wir genug Agitationsmaterial haben und nicht auf die Neueinführung von Unterstüßungen angewiesen sind. Unsere Schanzplanke mit ihren Helfern werden auch in den nächsten Jahren ihr möglichstes leisten, um selbst den zum Denken zu bringen, der bis jetzt mit Gewalt bei Fuß dastanden hat. Gerade das letzte Jahr hat gezeigt, daß unsere Taktik die richtige ist, weil wir auf der früheren Zahl nicht stehen geblieben sind, sondern eine ansehnliche Zahl Kämpfer gewachsen sind, auch ohne Kranken-zustand. Möge die kommende Generalversammlung sich wohl bewußt sein der Aufgaben und den Anforderungen, die vielleicht in nächster Zeit schon an uns herantraten.

Ulm. Gg. Wart.

Von all den Einwendungen aus unseren Mitgliedskreisen zur Verwirklichung unserer Verbandseinrichtungen für die Zukunft ist mir die des Kollegen Hans Ziegler aus Frankfurt a. M. in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung am interessantesten vorgekommen. Interessant nicht deshalb, weil der Kollege Ziegler ein „Gegner“ der Einführung einer Krankenunterstützung im Verband ist, denn es ist ja nach unseren demokratischen Begriffen das gute Recht eines jeden einzelnen, Gegner zu sein. Die Argumente aber, womit er seine Gegenmeinung begründet, sind mir ein Anlaß zu einer Gegenüberlegung. Vorweg will ich betonen, daß ich, so lange ich auch auf gewerkschaftlichem Gebiete denkend verhalte, ein unerschütterlicher Anhänger einer Krankenunterstützung bin. Gleich am Anfang seines Artikels meint Kollege Ziegler, der Vorstand hätte zur Einbringung seiner diesmaligen Vorlage, im Gegensatz zu der vor zwei Jahren, eine etwas eleganter und literarische Sprache gewählt. Ja, lieber Kollege Ziegler, in Ihnen nicht bekannt, daß man, wenn man von der Arbeit einer Sache fest überzeugt ist und diese Sache der Allgemeinheit in deren Interesse zugänglich machen will, den widerstrebenden unaufgeklärten Elementen, um sie als Freunde zu gewinnen, recht plausiblen

Stoff für die Generalversammlung.

Die anscheinend nun permanent gewordenen Lohnbewegungen im hiesigen Metallschlaggerewerbe veranlassen mich, an dieser Stelle einmal die in dieser Branche bestehenden Verhältnisse zu besprechen.

Nun aber zur Sache. Im Sommer 1903 beschloffen die hiesigen Metallschlagger, in eine Bewegung einzutreten, die eine Erhöhung des bisherigen Lohnsatzes pro Form für Gehilfen um 10 Pf., für die Arbeiterinnen um 5 Pf., und Verkürzung der Arbeitszeit bezweckte.

Das zeigte sich auch sehr bald; der Tarif war kaum dreiwertel Jahre abgeschlossen, als sich eine ziemliche Geschäftsflaute bemerkbar machte. Im Tarifamt einigten sich Meister und Gehilfen dahin, keine Leute zu entlassen, sondern die wöchentliche Arbeitszeit auf 42 Stunden festzusetzen.

Zuletzt aber gehen die Meister energischer vor. Sie erklären kategorisch, die festgelegten Preise nicht mehr zahlen zu können, und entlassen dann sämtliche Beschäftigte. Auffälligerweise sind es gerade die größeren Meister, die die bisherigen Preise nicht mehr zahlen zu können vorgeben.

Hangen wir also einmal an zu rechnen: Der Streik im Jahre 1903 hatte gekostet 95414,30 Mk. Durch den Streik wurde eine Erhöhung erzielt pro Gehilfe von 10 Pf., pro Arbeiterin 5 Pf. für die Form.

So kann meiner Ansicht nach auf keinen Fall weiter gewirtschaftet werden. Wenn man sieht, daß ein Gewerbe im Niedergang begriffen ist und zur Erhaltung einer einmal erzwungenen Position alljährlich so große Ausgaben notwendig sind, so hat man alle Ursache, dem Uebel auf den Grund zu gehen, um Abhilfe schaffen zu können.

Was nun meinen Vorschlag betrifft, die Abwärmelung einer Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen von ihrem Beruf, so denke ich leider nicht vorab, daß die Ausführung dieses Planes und seine Folgen in volkswirtschaftlicher Beziehung beurteilen zu können.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 12. März der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. März 1905 fällig ist.

Nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkassette die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Mechaniker Willy Eumke, geb. am 8. November 1896 zu Berlin, Buch-Nr. 676702; der Mechaniker Max Schiebel, geb. am 9. September 1895 zu Berlin, Buch-Nr. 701216, beide wegen Streikbruch.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart: Der Dreher Alfred Kurt Hasemann, geb. am 19. Juni 1890 zu Gailitz, Buch-Nr. 746021, wegen Streikbruch.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf: Der Dreher Wilhelm Müller, geb. am 18. März 1884, Buch-Nr. 559764, wegen Streikbruch.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe: Der Schlosser Otto Bauhaus, wegen unkollegialen Verhaltens.

Julius Kittel, Klempner, geb. am 24. März 1878 zu Praus in Schlesien, Buch-Nr. 492185, Verwaltungsstelle Hirschberg, betreffend Demunziation und Schwindel.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Adic-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Quittung

der Eingänge für die Ruhrbergleute (bis 4. März). Von den Verwaltungsstellen: Bremerhaven Mt. 480, Feuerbach 170, Frankenthal 240, Wannen-Eberfeld 150, Braunshweig 800, Erlangen 52,30, Jüsterwalde 22, Gmünd 50, Guben 24, Hamm 25, Leer 60, Mambheim 1200, Köln 2000, Malbenow 23,70, Sankt Georgen 19,30, Schwabach 60, Striegau 20, Schweiningen 200, Werbsh 51,10, Zentenroda 20, Bergedorf 80, Edigheim-Dypau 30, Gubach 14,70, Frankfurt a. M. 1200, Frankfurt a. O. 30, Freiburg i. B. 50, Gevelsberg 211,20, Greifswald 10,72, Hamann 13,60, Hirschberg 22, Höchst 20, Jena, Mechaniker 109,41, Kettlerbach 20, Hönigschütte 11,70, Köthen 50, Lübeck 300, Mendenheim 60, Neumarkt 5, Neufalz 6,80, Neufelzig 12,65, Ogersheim 75, Pren. au 15, Rendsburg 50, Schwabach, Minimumschlagger 17, Stargard 8,65, Schleswig 20, Schweinhardt 62,35, Wolfenbüttel 100, Ravensburg 12, Schwabach, Feingoldschlagger 50.

Alle für die Bergarbeiter bestimmten Gelder sind getrennt von Verbandsgeldern an die Adresse des Hauptkassiers einzuzenden, und dürfen auf den Quittungsrechnungen nicht verrechnet werden.

Quittung

über die vom 1. bis 28. Februar 1905 bei der Hauptkassette eingegangenen Verbandsgelder.

Von: Aachen Mt. 100, Altenburg 1800, Altwasser 250, Amberg 150, Auehagen 200, Algersleben 600, Aue 1800, Augsburg 800, Baden-Baden 100, Bergedorf 250, Bernburg 300, Bielefeld 5600, Brandenburg 1200, Bremen 1100, Bremerhaven 1800, Breslau 41,70, Darmstadt 1100, Detmold 50, Dinklage 95, Döbeln 500, Dresden 19000, Duisburg 300, Eilenburg 300, Eisenach 400, Elbing 200, Eilenwerda 100, Emden 200, Erfurt 800, Esch 153,60, Essen 3000, Erlangen 400, Feuerbach 150, Jüsterwalde 500, Jütersburg 800, Jüsterwalden i. S. 60, Jüsterthal 1000, Jüsterthal a. M. 2250, Jüsterthal 300, Graa 800, Gevelsberg 1000, Glauchau 190, Göttingen 12,70, Götting 200, Gotha 500, Großhain 150, Gröna 100, Halle 1600, Harburg 1600, Herbrand 59,40, Ilmenau 5,81, Jüterloh 300, Jüchne 120, Jauer 100, Jena 200, Kaiserlautern 300, Kammert 600, Kassel 1600, Kiel 1800, Koblenz 100, Köln 1000, Krefeld 350, Kronenberg, Schleifer 150, Leipzig 11085, Liegnitz 200, Lindebach 200, Lollar 150, Luckenwalde 400, Lüdenscheid 300, Lützenburg 200, Magdeburg 10000, Mainz 600, Mannheim 4000, Marburg 100, Merane 400, Meissen 1050, Meißner 50, Mittweida 100, Mitzeldorf 287,22, Mügeln 500, Mühlheim a. Rh. 2100, Mühlheim a. Ruhr 200, Mühlentheim 94, Neugersdorf 180, Neumünster 200, Neustrelitz 60, Niederfeld 1000, Nienburg 60, Nordhausen 300, Nowawes-Neundorf 400, Nürnberg, Allgemeine 4000, Pörmern 412,01, Oberursel 100, Odenhausen 60, Offenbach 800, Ogersheim 225, Okerleben 65, Pörschheim 350, Pörschheim 46,48, Pörschheim 200, Pörschheim 100, Pries 400, Quedlinburg 300, Ratingen 100, Reichenbach 100, Reichenhain 250, Reimscheidt 776, Reipha 1150, Rostock 350, Saalfeld 400, Salzgitter 40, Sankt Anger 1165,45, Seebitz 100, Siegmund 200, Solingen 4000, Schmalkalden 150, Schmiedeburg 600, Schnebeck 500, Schweidnitz 100, Schweinitz 300, Schweiningen 300, Torgelow 450, Trieburg 450, Uerdingen 200, Urberach 56,84, Welsch 1500, Werbsh 61,27, Wiesbaden 600, Wilhelmshagen 500, Wilhelmshagen 250, Wismar 100, Wittenberg 250, Zeitz 400, Zwickau 140.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einleiter von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: von Drahtziehern nach Aachen (Gausch & Co.) St.; nach Emmerweid, Schweiz (Eisenwerk Emmerweid), D.; von Dreheren, Schleifern und Schlossern nach Köln-Ehrenfeld (Wagha); von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Kamen, Stahlformerei (Kamen) (Schliffwerk); Eisen (besonders Union und Firma Wolf); nach Gevelsberg-Milpe (Häpfer) St.; nach Liegnitz (Gubisa) D.; nach Solingen (Voss, Juchhaber Stöder); nach Torgelow in Pommern; nach Zwickau (Herrmann & Zintfleisch) W.; von Gießarbeitern nach Bromberg (Unverferth) St.; von Gießarbeitern, Dreheren, Schleifern, Zeigern, Dreheren und Metallformern nach Berlin; nach Liegnitz (Schüler) D.; nach Prag in Böhmen (Morel & Co.) St.; von Härtern nach Wald (Ern); von Kesselschmiedern nach Dortmund und Umgegend; von Klempnern und Installateuren nach Burg (Einbeck) D.; nach Gera (Schweiz); von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld (Lohmann Fabrikalernenfabrik) St.; nach Furtwangen (S. Köpfer & Söhne, Maschinenfabrik) D.; nach Hannover (Waggonfabrik) St.; von Metallarbeitern nach Düsseldorf (Marimann & Petersmann) St.; nach Eberswalde (Lunig) St.; nach Niesky b. Görlitz (A. Mittel) D.; von Schlaggerarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.; von Schlossern nach Zürich (Schweiz) S.; von Schleifern nach Mühlentheim b. Mainz (Epel) R.; von Schleifern und Polierern nach Welsch (Schloßfabrik S. Jüdis) St.; von Zugschneidern, Zündröhren und Zugschneidern nach Gilden bei Düsseldorf (Heinrich & Neßer) St. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; H.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Wasserleitung; M.: Müdigkeit; R.: Lohn- oder Akord-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Formen.

Cebelsberg. Am 21. Februar sind sämtliche Formen der Firma Kuno Uebeler in Milspe in den Streik getreten. Lohnunterschiede sind der Anlass zum Streik. Mögliche Zustände sind im allgemeinen die hiesigen Formen nicht gewohnt, Zustände aber, wie sie bei der Firma Uebeler existieren, waren ihnen nun doch etwas zu stark. Die Fabrik gleicht förmlich einem Leberentzug, gute Formen konnte die Firma nicht mehr bekommen, außer es zwingt diese die bitterste Not, da anzufangen. Im Herbst vorigen Jahres sah auch die Firma selbst ein, daß es nicht mehr so weitergehen kann, man wendete sich sogar vertrauensvoll an die Organisation um Zufendung von tüchtigen Formern. Als aber die Firma bezahlte, was bei anderen Firmen geahnt wird, da taugten unsere Kollegen nichts mehr. Herr Uebeler meinte, solche Leute gehörten nicht in die Organisation, die müßte man rauswerfen. Man mußte unsere Kollegen zu Schiffschanden, die in anderen Betrieben mit 6 bis 9,-- Mk. bezahlt wurden, für 5 bis 6 Mk. zu machen. Dabei zahlt die Firma Uebeler auch noch alle 14 Tage 6 Mk. als „Schmelzlohn“ und 2 Mk. als „Sandgeld“ ab. Als die Formen für die Löhne nicht arbeiten wollten, hieß es einfach: Wenn das nicht paßt, der muß gehen. Die Firma dachte nun nicht daran, daß alle Formen gehen würden, aber nachdem sie alle gekündigt hatten, sind nun die nervös zu werden. Die meisten Beschäftigten sind angekündigt, ein Umschlag hat den anderen wieder auf, man gänzte sich unwillkürlich nach Ausland vor. Die Kollegen, die sich während der Kündigungszeit entschuldigen, wurden sofort entlassen, und so waren von den 36 Formern am letzten Tage der Kündigungsfrist noch ganze drei Mann in der Bude, alle anderen hatte man an die Luft gesetzt. Entlassungsscheine drückte man den Kollegen in die Hände, die jeder Befriedigung spotten, während man früher gedruckte Formulare hatte, gab man ihnen jetzt einen einfachen Stück Papier mit folgendem Inhalt: „Der Arbeiter so und so hat von dem und dem, bis zum heutigen Tage bei mir gearbeitet, er war Mitglied unserer Fabrik-Frankenkasse. Kuno Uebeler.“ Wie verirrt man nun durch den Streik geworden war, zeigt sich am besten daran, daß einige der Entlassungsscheine überhaupt nicht unterschrieben waren. Wie es nun gewöhnlich bei Streiks geht, so auch hier, die Polizei sieht nicht, Straßmandat hagelt es herab, ja man kann ruhig sagen, noch nie hat die Milsper Polizei so viel zu tun gehabt wie jetzt, und das wegen der „berühmten“ Firma Kuno Uebeler. Die Metallarbeiter werden aus dem Streik aber die Löhne ziehen müssen, daß es nicht allein genügt, wenn die Formen organisiert sind, sondern daß alle Metallarbeiter organisiert sein müssen. Denn bei der heutigen Produktionsweise spielt man einen Arbeiter gegen den anderen aus, jeder Streik zieht so und so viel andere Arbeiter in Mitleidenschaft. Deshalb: Mann für Mann in den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Solingen. Seit längerer Zeit herrschen in der „Hilse-, Stahl- und Drahterei“ Zustände, die von den Formern und Gebläsearbeitern vergebens bekämpft wurden. Das Eingreifen der Ortsverwaltung verhinderte wiederholt den Ausbruch von Konflikten. Nun ist aber die Situation so geworden, daß die Arbeiter sämtlich erklären, es könne so nicht mehr weitergehen. Sie reichten deshalb Forderungen ein. Die Firma erklärte, sich auf Verhandlungen nicht einzulassen. Darauf kündigten 74 Stahl-, Graß-, Temperierformern und Gebläsearbeitern. Zugang ist ferngehalten.

Magdeburg. Bei der Firma Bernbeil sind alle Formern und Gebläsearbeiter ausgesperrt. Zugang nach hier ist deshalb ferngehalten!

Neubrandenburg i. M. Da von der hiesigen Firma Eisenwerk Neubrandenburg, Inhaber Wilhelm Naam, festgestellt in den auswärtigen Blättern Formern gesucht werden, halten wir es für nötig, die Zustände in diesem Betrieb zu veröffentlichen. Die Arbeitszeit ist 11 Stunden pro Tag, es kommt aber häufig vor, daß sie 12 Stunden und darüber für die Formern am Dienstag beträgt. Überstunden werden nicht vergütet. Die Ventilation in der Gießerei ist sehr schlecht, so daß beim Brauen vieler Petroleumlampen eine stickige Atmosphäre darin herrscht. Es sind ja wohl drei Gaslampen in der Gießerei angebracht, diese dürfen aber nur auf Anordnung des Meisters angezündet werden. Es ist vorgekommen, daß, wenn ein Formern die Lampen morgens anzündete, der Meister sie wieder ausdrehte. Die Firma hat eine Fabrikordnung eingeführt, wonach die Arbeiter, die infolge ihrer Verdunstungskraft „kürzer“ werden, sofort entlassen sind. Was die Absorte betrifft, so sind nur zwei Sätze für die Arbeiter und einer für das Kontrollpersonal vorhanden. Der Herr Betriebsinspektor sollte diesem Geschäftseinstellen einen unverhofften Besuch ablassen. Beim Gießen müssen sich die Formern gegenseitig helfen, da man nur in dringenden Fällen einen bis zwei Hilfsarbeiter aus der Fabrik kommandiert. Der Meister zänkert ist ein großer Rechentänzer, denn bei jedem Gießen muß er nachsehen lassen. Die Folge davon ist, daß das Eisen dann sehr matt ist und die Formern Aussehen erhalten. Für diesen wird „mattlich“ nicht bezahlt. Zum Schluß erreicht Schreiber dieses jeden Kollegen, der hier Arbeit nehmen will, sich erst bei dem Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle von Neu-Strelitz und Umgegend zu erkundigen. Den hiesigen Kollegen lege ich ans Herz, sich, wenn es ihnen ernst ist, diese Zustände zu bessern. Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Speyer. In der letzten Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle wurden auch die Verhältnisse der drei hiesigen Gießereien zur Sprache gebracht. Hauptächlich ist es die Gießerei von M. Feil, wo Behandlung und Bezahlung sehr zu wünschen übrig lassen. Ohne Gutschein erhält ein Formern, der bei dieser Firma eingestellt wird, kein Logis und keine Koststoffe. Vor uns liegt eine Lohnaufstellung, mit Stempel vom Geschäftsanwalt Feil beglaubigt. Danach hat ein Formern im Alter von 37 Jahren in 12 Wochen einen Verdienst von 208,10 Mk. erzielt, daraus ergibt sich ein durchschnittlicher Wochenverdienst von 17,34 Mk. Man hat die Ausgaben für Kost und Logis mit 10 Mk. die Woche in 12 Wochen 120 Mk., dann verbleiben 88,10 Mk. oder wöchentlich 7,34 Mk. Davon geht ab für Krankens- und Invalidenversicherung pro Woche 36 Pf., Verbandsbeitrag 40 Pf., verbleibt pro Woche 6,22 Mk. Davon sind noch die Ausgaben für Frühstück und Beise zu bezweifeln, und wenn sich einer nach den Zinsen eines Pfandes hier beim Gießen leisten will, bleibt für Vorkauf von Kleider und Schuhen nichts übrig. Vom Stenerzahlen gar nicht zu reden. So sind die Verhältnisse eines Formerns, der eine zwanzigjährige Tätigkeit hinter sich hat und Lohnzettel mit 30 und 32 Mk die Woche von anderen Gießereien vorzeigen kann. Weniger leistungsfähige Formern haben nur einen wöchentlichen Verdienst von 10,50 Mk. bis 13,15 Mk. erreicht, deshalb müssen einige noch am Jahrslohn Vorlauf nehmen, um die Kostgeld bezahlen zu können. In letzter Zeit sind zwei Kollegen abgereist, die in zehn Tagen 8 Mk. verdienten, was-als sie ihre Kleider zum Pfand hier lassen wollten. Verheiratete Formern stellen Herr Feil überhaupt nicht ein, denn er sagt, die Formern, die nur 14 Tage bis drei Wochen hier sind, seien ihm die liebsten. Fast die gleichen Verhältnisse wie bei Feil bestehen im neuen Aufbau der Long. Dort wird neuerdings auch in Accord gearbeitet, bei den traurigen Löhnen. Wenn alles voll gekostet ist und gegossen werden soll, fehlt es mitunter entweder an Holz oder an Holzleuten, so daß auch dort die Formern nicht viel mehr als das Kostgeld verdienen können. In der Gießerei von Streigleiter wird in Lohn gearbeitet bei 35 Pf. Höchstlohn für die Stunde. Wenn ein Formern ein Stückchen Ausschuss macht, wird er von Streigleiter in den Werkstätten als Pfänder bezeichnet. Überstunden beim Gießen sind in allen Gießereien an der Tagesordnung, auch wird bei Feil immer Sonntags ausgelert, wenn am Samstagabend gegossen werden ist, und nachdem ist erst abzureisen und dann im Dalkas aus Speyer abtippen zu müssen, sind also gewarnt.

Metallarbeiter.

M. i. Ergeb. Wegen Urkundenfälschung, vorkommen und versuchten Betribs und wegen Unterschlagung wurde der Klemmer Paul Hauslein aus M. von Landgericht Jüdisau zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Hauslein hatte wiederholt Urkunden gefälscht und sich dadurch einen Vermögensvorteil verschafft. Formern hatte er in seiner Eigenschaft als Urkundenfälscher des Metallarbeiter-Verbandes sich von Mitgliedern Bücher auszuhandeln lassen unter der Vorspiegelung, er sei von Bevollmächtigten dazu beauftragt. Hauslein entzweite die in den Büchern lebenden noch nicht abgestellten Beitragsmarken und verkaufte sie zum zweiten Male. Die Bücher vernichtete er.

Bochum. Am 26. Februar fand in Bochum eine kombinierte Mitglieberterversammlung der Verwaltungsstellen Bochum-Hattingen, Witten und Gerne statt. Auf der Tagesordnung stand: Die Verschmelzung der Verwaltungsstellen und Anstellung eines Geschäftsführers. Da die Beiratsmitglieder nicht vertreten war, übernahm Kollege Ebert-Bochum das Referat. Er wies darauf hin, daß im Ruhrrevier die Kollision unter den Metallarbeitern immer von Kollegen, die im abhängigen Arbeitsverhältnis stehen, gestiftet würde und sobald sie etwas frei austreten, vom Unternehmern auf Pfahler geworfen oder so drangaliert würden, daß sie gerne von selber ihr Arbeitsverhältnis lösten. Wenn wir hier vorwärts kommen wollten, so müßten wir uns verschmelzen und einen Beamten anstellen, nur wenn wäre es möglich, die uns noch fernziehenden Metallarbeiter der Organisation zuzuführen. In der darauf folgenden Diskussion waren alle Redner für Anstellung eines Beamten. In der Abstimmung waren 100 Stimmen für und 5 gegen eine Verschmelzung. Es wurde dann beschlossen, den Geschäftsführer sofort zu wählen. Kollege Ebert-Bochum wurde bei 103 abgegebenen Stimmen mit 102 Stimmen gewählt. Die Verschmelzung tritt am 1. April in Kraft und wird von diesem Tage an ein wöchentliches Beitrags von 45 Pf. erhoben. Der Sitz des Geschäftsführers ist Bochum. Damit ist ein Wendepunkt in der Metallarbeiterbewegung des ganzen Ruhrreviers eingetreten, wir wollen hoffen, daß es dem Geschäftsführer gelingt, die uns noch fernziehenden, nach Taunenden zählenden Metallarbeiter der Organisation zuzuführen, damit auch endlich einmal in den hiesigen Betrieben menschenwürdige Zustände geschaffen werden.

Magdeburg. Unsere besagten Magdeburger können sich jorzwährend nicht genug tun in allerlei Lobgedichten, insbesondere aber darin, den verschiedenen Industrien ihre volle Unterwürfigkeit zu beteuern und den einen mehr, den anderen weniger bei allen nur erdenklichen Angelegenheiten anzufügen. Solche Gesänge werden auch ohne den geringsten Grund der Firma Eberle & Co. dargebracht. Wiederholt haben wir den „Rohstoffgesellschaft“ dieser Firma und ihre Arbeitspressenbeziehung gebührend beleuchtet. Zu was diese Lustbilder, wo die Firma immerfort Vorlesungen vornimmt? Ein hiesiger Fabrikant erklärte uns vor längerer Zeit gelegentlich eine Unterhandlung, daß die Firma Eberle & Co. in bezug auf die Konstruktion eine hochgeschätzte Firma sei; als wir aber vor kurzer Zeit wieder mit diesem Herrn verhandeln mußten, war er beharrlich anderer Ansicht. Der Herr Eberle & Co. die Hauptfrage, er wird zu erhöhen gesucht. Dies ist der wahre Grund für die Lohnredaktion in der Abteilung Karbidgefäßfabrikation, in welcher vor und nach Weihnachten ganz beträchtliche Löhne durchgezahlt wurden. Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, daß dies nur „zur Probe“ gemacht wurde. „Wir unseren braven Arbeitern, insbesondere mit unseren wackeren alten Arbeiterkammer, leben wie in gegenseitigem Frieden.“ — Ist das nicht der reine Hoch? Man lebt mit diesen „braven“ Arbeitern in „gegenseitigem Frieden“, weil sie in vollständiger Verkennung der Tatsache sich leider nicht organisiert haben und sonach nicht den geringsten Vorstoß auszuführen vermögen. Aber nicht nur in genannter Abteilung wird über Mitarbeiterverdienst geplatzt, auch in der Kugellagerfabrikation soll es nicht besser sein. Allerdings brauchen dort direkte Arbeiter gar nicht gemacht zu werden, weil der Verdienst auch ohne dies ein geringerer wird. Die Herren müssen sich sehr zu helfen. Die guten Streifen bearbeitet die Maschine, die schlechten dagegen die Arbeiter. Trotz überreicher Überstundenverdienst verdienen aber die Arbeiter in dieser Sparte verhältnismäßig weniger, als ihnen für die angebotene Zeit zukommen müßte. Das Werkzeug, das die Firma liefert, ist auch nicht zweckdienlich. In einem dieser konnte noch eine sehr schnelle und unwillkürliche Veränderung durch die Meister Pfähle und weis. Auch geht es nicht an Strafgeldern. Die „Hilflichen“ bei der Firma Eberle & Co. sind demer keineswegs zu beklagen. Diese Zustände können sehr wohl beseitigt werden. Ihre Beseitigung setzt aber eine starke Arbeiterorganisation voraus: Deshalb müssen die dort beschäftigten Arbeiter, um mit der Firma selbst zu reden, „gewissen Entschärfungen von außen gegenüber zugänglich sein“, dann wird auch das Mammon nicht gedeihen. Unter allen Umständen ist hier weisliche Klärung nötig. Wir rufen den darungen Arbeitern zu: Trete ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Harzauer. Zum Streik in der Waggonfabrik ist noch mitzuteilen, daß am 20. Februar auch die Gehilfen die Arbeit einstellten. — Einer der Arbeitervilligen verstarb am 22. Februar einen Angriff auf einen Schloffer. Er lag diese mit einer Feile durch die Wange und in den Leib. Der brutale Kerl hat sich die Feile extra dazu präpariert. Er ist nun wohl auch Bestrafung der Tat verhaftet, aber wieder freigelassen worden. Reueartig kann man darauf sein, wie sich die Justiz bei diesem Fall verhalten wird.

M. Gladbach. In Erdelingen, einer der dümmsten Orte des Rheinlandes, war es uns bis vor kurzem nicht gelungen, einen Tag zu lassen. Da wir nun in der letzten Zeit dort mit einem eigigen Agitation einzufliegen, hatten wir als Merkmal eine Anzahl Nummern zu versprechen. Dieses Jahr nun unternahm dort ein Arbeiter (genau in die Gießerei). Diese Herren, nämlich die Kammernmitglieder des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, ließen nun großen Mut, wie sie uns vernichten könnten. Sofort wurde an ihre Mitglieder und an unorganisierte das Fingerspiel „Für Amberg“ verbreitet, daß ja bekanntlich Tagelöhner auf den Kopf stehen und in der verlogenen Weise über den Deutschen Metallarbeiter-Verband herziehen. Daraus haben wir uns veranlaßt, um unser Hauptblatt: „Rheinl. Rheinischer Gewerksverein oder „Metallarbeiter-Verband“ öftentlich zu veröffentlichen, damit auch die Erdelinger Arbeiter erfahren könnten, wie viel Wasser an dem Wadewasser der Hirsche ist. Das brachte nun die Herren Gewerksvereiner von dem Konzept. In der schloffen Art und Weise wurde nun gegen uns gefahren. Ein Flugblatt wurde verteilt, auf dem folgendes zu lesen war: „Durch die Verlogenheit, die sich in den letzten Wochen und im Laufe dieses Monats hier am Ort abgepielt haben, sehen wir uns veranlaßt, eine Ortsvereinsversammlung einzuberufen. Tagesordnung: Die traurige Agitationsweise der hiesigen Verbündler. Kollegen, es gilt Verleumdern und Verrätern entgegen zu treten. Tüchtige Leute, welche die Christlichen wegen ihrer verdächtigen Agitationsweise als Lügner, Verräter und Aufreger bezeichnet, machen heute dasselbe, was sie die Christlichen als ehrlös bezeichnet. Zeigt, daß ihr Ansehen steht, den Friedensbüchern die Lüge vom Gesicht zu reißen, Kollegen, welche gewillt sind, das friedliche Verhältnis unter den hiesigen Arbeitern aufrecht zu erhalten, werden hiermit freundlich eingeladen.“ — Aber diese öden Schimpferien zogen bei den Erdelinger Metallarbeitern nicht. Selbst viele der Mitglieder der Hirsche glücken in der Versammlung durch Abwesenheit. In der Versammlung selbst wurde nun mächtig über die bösen Verbündler geschimpft. Jenseit wurde uns freigelegt vorgeworfen, weil wir nicht in der Ortsvereinsversammlung erschienen sind. Dieser Vorwurf fällt auf diese Leute selbst zurück, denn wenn sie ihrer Sache sicher gewesen wären, hätten sie ja eine öffentliche Versammlung mit freier Diskussion einberufen können, damit auch wir zum Wort gekommen wären. Es wurde uns von Mitgliedern des Gewerksvereins erklärt, daß wir das Wort in dieser Versammlung nicht bekommen würden. Also auf welcher Seite lag dann die Freiheit? Doch nur auf der der Hirsche. Auch inschter wir der Behauptung entgegenzusetzen, daß unsere Kollegen

die Christlichen mit Schimpferien bedacht haben. In der christlichen Verammlung waren es gerade Hirsche, die solche Worte gebrauchten, aber keine Verbündler. Somit beweist sich die Verammlung auf dem üblichen Niveau. Alle Schimpferien über den Deutschen Metallarbeiter-Verband wurden dort zum besten gegeben und unter anderem unter Flugblatt als nicht der Wahrheit entsprechend hingestellt. Diesen Hirschen noch weiter entgegenzusetzen, halten wir für unmöglich, da in unserer Flugblatt-Darstellung genügend enthalten ist und wir die Erdelinger nur darauf warnen können. Wie tolerant diese Herren sind, davon einige Beispiele. Die Erdelinger Metallarbeiter sind alle in einem Betrieb, bei der Internationalen Wohrgesellschaft beschäftigt. Nun erklärten Erdelinger, die dem Gewerksverein angehören, sie würden von jetzt ab sämtlichen Guß, der nur von gestügten Feiler herbe, zurückziehen, wodurch unsere Kollegen in der Formerei eine Katastrophe am Kopf haben würden, da sie sämtlich in Accord arbeiten. Also wurde uns „gemeinlich“: Wenn ein Meiser von uns nach Erdelingen kommt, würde dieser die schönsten Prügel bekommen. Dieses kenne ich so recht die erbärmliche Kampfesweise der Hirsche, zeigt aber auch, daß es mit ihren geistigen Waffen recht schlecht bestellt ist. Die Erdelinger Arbeiter werden aber einsehen lernen, daß nur der Deutsche Metallarbeiter-Verband ihre Interessen richtig vertritt, nicht der Gewerksverein, der in Abschnitt und Beschränkungen ja vorzügliches liefert, aber bezüglich Verbesserung der Arbeitsverhältnisse bisher alles unterlassen hat.

Miltenburg. Streik der optischen Arbeiter. Durch die in der Weltweite und Wirtschaftskrise, namentlich aber in dem Geschäftsbetrieb von Miltenburg, durchgeführte Teilarbeit bei neuen maschinellen Hilfsmitteln wurden die Produktionskosten bedeutend herabgemindert. Deshalb sehen sich die in unserer Industrie in großer Zahl vorhandenen Kleinmeister, um konkurrenzfähig zu bleiben, veranlaßt, die altgebrachten Arbeitsmethoden aufzugeben und nur den der Reizzeit entsprechenden Werkzeugen die Produktion aufrecht zu erhalten. Dieses Bestreben wäre an sich auch gutzuheißen, wenn nicht die Löhne der Arbeiter hierdurch einer Schwankung, ja, Fehlbewertung unterworfen wären. Die weniger kapitalkräftigen Meister, die keine rechtlichen Verbesserungen einbringen konnten, beklagten sich auf die billigeren Herstellungskosten ihrer Konkurrenz und reduzierten die ohnehin schon niedrigen Accordpreise unter Verbeugung der alten Arbeitsweise. So kam es, daß die organisierten Arbeiter Miltenburgs in den letzten Jahren halb mit dem einen, halb mit dem anderen Meister im wirtschaftlichen Striege standen, um nur die bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegen Verschlechterungen zu verteidigen. Im letzten Jahre waren 25 Differenzen zu verzeichnen. Deshalb wurde von uns die Abschließung eines Tarifvertrages angestrebt, wofür die Arbeitgeber zunächst wenig Verhältnisse zeigten. Da alle friedlichen Verhandlungen scheiterten, mußte man seinen Mittel gegreifen werden, zur Erreichung der Kündigung. Der Anlauf der Kündigungsfrist haben 32 Arbeiter mit und 300 Gehilfen den Tarif anerkannt. Die übrigen in Betracht kommenden 11 Arbeitgeber sind durch den inzwischen erfolgten Mißfall an den Fund der Kündigungen dahin scharf gemacht worden, mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband auf keine Tarifverträge einzugehen. Deshalb kam es am 21. November 1904 in diesen Werkstätten zum Streik. Nachdem dieser sechs Wochen gedauert, wurde das Gewerbegericht angeufen. Die Arbeitgeber mußten wohl oder übel erscheinen, ließen sich aber auf keine Verhandlungen ein. Da es in weiterer Rücksicht schwer ist, Streikarbeit zu kontrollieren, so erschienen die Beiratsmitglieder aus anderen Werkstätten fertige Arbeit. Es hatten sich auch einige Arbeitswillige gefunden. Die Geschäftsinterruktion war, zum Teil bedingt durch den Streik und die Unruhen in Miltenburg, eine schlechte, deshalb sahen die Ausschüssigen und die Leitung ein, daß die Anerkennung des Tarifs durch diesen Streik nicht mehr erlangt werden kann. Der Streik wurde nach dreizehnwöchentlichem Dauer am 28. Februar für beendet erklärt. — Wenn auch in diesen 11 Werkstätten der Tarif nicht anerkannt ist, so hat die Bewegung doch erhebliches für die optischen Arbeiter zur Folge gehabt. In den 32 Werkstätten mit 300 Arbeitern können keine Parteien in Frieden leben, das heißt, wenn der Arbeitgeber nicht gedenkt, die Vereinbarungen zu durchbrechen. Dafür müssen die Arbeiter durch Stärkung der Organisation sorgen. Nur durch Festhalten und Erhalten der Organisation kann das Grünsäpfe erhalten bleiben und das Festhalte erlangt werden.

Thorn. Der Firma Dremis sind die organisierten Arbeiter ein Dorn im Auge, und sie werden deshalb bekümmert und bewacht. Dagegen selber die Organisierten nicht für die Organisation zu gewinnen waren, bevor sie die Firma die Agitationsarbeit. Die Zustände in diesem Betrieb sind außerordentlich, ist unmöglich. Die Löhne sind bekanntlich in der Gegend nicht hoch, doch hat die Firma Dremis in dieser Beziehung den Accord festgehalten. Für junge Gehilfen ist ein Lohn von 9 Mk. pro Woche nach Aufnahm der Firma ausreichend. Hier Kost und Logis sind er aber 5 bis 6 Mk. zahlen. Ist es dann zu verwundern, wenn ein derartig „hoher Lohn“ den Arbeiter auf die Bahn des Verbrechens leitet. Doch was kümmert dies den Kapitalisten, wenn nur er am Jahreslohn einen möglichst hohen Verdienst hat! Man hat sich die Organisation in letzter Zeit recht gut angesehen und es sollte eine zahlreich gegründete werden. Doch die Firma glaubte, dem Verband den Todesstoß versetzen zu können. Die greift aber zu einem Mittel, das nur die Empörung aller Arbeiter heraufzuredert. Sie maßregeln langjährige Arbeiter. So wurde ein Dreher, der vom Gewerksverein zu uns übertrat, ins Bureau gerufen. Dort wurden ihm bestimmte Vorwürfe gemacht: Wie er sich erweiden könne, erweis in eine „schlechte“ Verammlung zu gehen und sozusagen, dort die Verhältnisse aufzuheben. Der Arbeiter, der nicht befehlen konnte, daß die Selbstverpflichtung noch besteht, wurde drei Tage inhaftiert. Das gleiche Schicksal traf zwei Formern. Diese beiden „Mittelalter“ hatten sich entschuldigt, ihren Kollegen die notwendigen der Organisation kuzugehen. Statt den berechtigten Wünschen der Arbeiter Gehör zu schenken, schwingt die Firma nach empfindlicher Manier die Hungereisen. Mühen die dort beschäftigten Arbeiter aus diesen Tagen erleben, daß es nichts ist mit der sogenannten Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Die Verbesserungen, die man auch macht, werden nicht gehalten. Nur durch festen Zusammenhalt im Deutschen Metallarbeiter-Verband können die erbärmlichen Zustände gebessert werden.

Begeleit. Durch den Arbeitsnachweis des Arbeitgeber-Verbandes sind für den Bremer Vulkan Arbeitskräfte in Etettin angeworben worden. Am 17. Februar sind auch bereits 63 Mann eingetroffen, meist sind es Krieger, Steuermann und Schiffbauer, auch einige Schmiede und Zimmerer sind darunter. Jedem dieser Zugereisten ist das Kostgeld und Gehrgeld, insgesamt 11 Mk., ausbezahlt worden, nachdem sie ein Schriftstück unterschrieben hatten, das besagt, daß dieses Geld von Lohne in Abzug gebracht wird, wenn sie nicht wenigstens drei Monate bei der Arbeit anhalten. Löhne sind diesen Zugereisten von dem amtierenden Agenten vorzuzahlen, so hoch, wie sie in der Branche nur von einigen ausnahmsweise bevorzugten Arbeitern verdient werden. Offenlich werden diese Löhne nun auch bezahlt, es ist ja sehr zu wünschen, daß die Direktoren des Vulkan mit dem System der niedrigen Löhne bricht und auch den ortsanfängigen Arbeitern den Lohn erhöht. Das jetzt auf dem Vulkan übliche Davonlaufen wird dann zum Vorteil der Werft etwas nachlassen, und die Norddeutsche Volkzeitung, das amtliche Organ des kreisigen Stummthal, kann die Drucker-schwärze sparen, die bisher zu den Berichten über die mit dem Kostgeld durchgebrannten Vulkanarbeiter verschwendet wurde. — Auch am Sonntag den 19. Februar langten dort wieder viele Arbeiter an, die in Etettin durch einen Agenten des „Arbeitsnachweises“ in Begeleit“ angeworben waren. Die Leute sind weitaus mittellos. Als von den Arbeitern, die am Freitag in Begeleit ankamen, einige am Vorkauf beim Vulkan eintraten, wurde er ihnen verweigert. Nun gilt es natürlich für jeden einzelnen, ein Logis ausfindig zu machen, es darf bis vierzehn Tage Kredit für Kost und Obdach nicht geben. Wenn dann später die Leute so — wie es den aus Braunschweig und Hensburg Heranzogelochten erging — ihre paar Groschen in die Hand gedrückt bekommen, dann wird wieder manchen schleunigst Reichs nehmen, weil der Lohn in keinem richtigen Verhältnis zu dem Erwarteten steht. Auch die Meister werden

wieder befragt werden, wie es kommt, daß es so wenig Lohn auf der Vulkanspitze gibt. Dann gibt es aber auch sicher wieder Antworten, wie sie der Meister M. in der Kesselschmiede gelegentlich gab: „Gehen Sie und lassen Sie sich den Lohn auszahlen von dem, der ihn versprochen hat, hier gibt es nicht mehr.“ — Die Agenten des Arbeitgeber-Verbandes gehen bei den Untersuchungen ziemlich planlos vor, es werden auch Arbeiter solcher Berufe angeworben, für die nur sehr wenig Arbeit vorhanden ist. So war letzthin von Flensburg auch ein Klempner nach Vegesack gelotzt worden. Als er zu dem Meister kam, der ihn beschäftigen sollte, meinte dieser: „Ja, vorläufig kann Ihre Arbeit nur darin bestehen, daß Sie sich die Werkstücke ansehen. Wenn Sie gefragt werden, warum Sie herumlaufen, dann sagen Sie nur, daß Sie nach dem Meister suchen.“ Schließlich aber bekam der Klempner Arbeit, man gab ihm 3 mm dieses Schwarzblech zu verarbeiten. Damit konnte der Klempner nun nichts anfangen und weigerte sich, weiter zu arbeiten. Klug wurde er wegen Arbeitsverweigerung entlassen, wobei ihm das Reisegeld vom Lohn abgezogen wurde, weil er das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der bindenden drei Monate gelöst habe. Nach einigen Tagen veranlaßte dann ein Ingenieur die Wiedereinstellung des noch immer auf sein Reisegeld wartenden Klempners. Nochmals versuchte es dieser mit der Arbeit, um dann schließlich zu kündigen und unter Zurücklassung des Reisegeldes den Vegesacker Staub von den Steinen zu schütteln. Wie der Arbeitsnachweis des Arbeitgeber-Verbandes unterweist, Bezirk Vegesack, Arbeiter von weither nach Vegesack lockt mit Versprechungen, die nicht gehalten werden, das mußte auch ein Schmied recht bitter empfinden, der in Hüringen in Arbeit stand und von dort aus beim Bremer Vulkan schriftlich um Beschäftigung nachfragte. Er erhielt auf seine Anfrage ein Schreiben durch den Nachweis zugehört, dessen Wortlaut unter Bezeichnung von Namen und Ortsbezeichnungen hier folgt: „Arbeitgeber-Verband Unterweiser, Bezirk Vegesack, Vegesack, den 7. Februar 1905. (Folgt Rede.) Auf Ihre Anfrage bei dem Bremer Vulkan teilen wir Ihnen mit, daß wir für tüchtige und gesunde Schmiede, welche dauernde Beschäftigung suchen und im Besitz guter Papiere sind, immer Stellen zu besetzen haben und geschieht die Einstellung für jeden Arbeitnehmenden kostenfrei. An Papieren benötigen Sie Inhaberskarte, Militärpapier oder Passierscheine und Ihre letzten Entlassungsscheine. Im Falle Sie noch unter Ihren Bekannten tüchtige Schmiede oder Zuschläger haben, so können wir auch diesen in diesem Augenblick eine lohnende und dauernde Stellung nachweisen. Bei Ihrer Ankunft wollen Sie sich unter Vorzeigen dieses Schreibens und obengenannter Papiere auf unserem Bureau, Weiserstraße 22, melden. Es wäre uns lieb, wenn Sie uns von Ihrem Kommen per Postkarte benachrichtigen könnten. Hochachtungsvoll Arbeitgeber-Verband Unterweiser, Bezirk Vegesack. Der Sekretär: K. Weiphal, Kant.“ — Nachdem der Schmied dieses Schreiben empfangen, verließ er seine bisherige Arbeitsstätte und meldete 9,60 Mk. an, um die Reise nach Vegesack bei der Bahn zurückzulegen, damit er ja früh genug ankäme. Am Mittwoch meldete er sich unter Vorzeigen des erhaltenen Schreibens, bekam auch einen Schein, damit er vom Vulkan eingestellt werde. Hier wurde ihm nun gesagt, für Schmiede ist jetzt keine Arbeit vorhanden, aber als Hilfsarbeiter beim Schiffbau könne er anfangen. Man wolle ihm auch gleich 52 Pf. Bruttolohn zahlen, der sogar bis 34 Pf. steigen könnte. Schließlich ging der Schmied nicht auf diesen Lohn, sondern verlangte, daß, wenn keine Arbeit für ihn als Schmied vorhanden sei, man wenigstens eine Vergütung, wie er sie als Schmied bekommen würde, erhalten lassen solle. Da kam er aber schon an! Auch zur Erklärung des Reisegeldes und Entschädigung der Arbeitsnachweise wollte sich der Schmied, der nicht mußte, daß beim Arbeitsnachweis des Arbeitgeber-Verbandes Unterweiser, Bezirk Vegesack, Besprechungen und hatten zweifelt ist. Da ein Gewerbergericht am Orte nicht besteht, der Klager vor dem Amtsgericht für den Arbeiter aber sehr umständlich ist, unterbleibt gewöhnlich die Vorforderung des Klageswegs. In diesem Falle ist jedoch Klage erhoben und werden wir über den Ausgang berichten. — Während so durch leichtfertige Versprechungen Arbeiter über Arbeiter von auswärts nach Vegesack lockt werden, bleiben viele anfähige Arbeiter unbefähigt. Kommen sie nach dem Arbeitsnachweis, dann erhalten sie die Nr. 22 und die wenig tröstliche Antwort: „Sie müssen morgen nach mal wieder kommen, heute ist noch keine Arbeit für Sie da.“ Die Nr. 22 ist auf diese Art berichtigt worden, sie ist — die Mannregelungsnummer. Das Bureau des Arbeitsnachweises sollte daher richtiger Mannregelungs-Bureau benannt werden. Doch diese Manipulationen gegenüber ist weder Klagen noch Schreiben an Blage, das allen tüchtig und darum von den Unternehmern gebildet, von den Arbeitern aber noch immer nicht genug geschätzte Mittel ist die gewerkschaftliche Organisation. Waren die Metallarbeiter noch weit besser organisiert, wie sie es sind, dann wären sie sich nicht mißdenklich von einem Orte zum anderen locken, und dazu bemühen sie sich auch zu wehren gegen Praktiken, wie sie der Unternehmens-Arbeitsnachweis in Vegesack und die Verteilung des Bremer Vulkan in Jahr-Lohnbonnen bei Vegesack belieben. — Metallarbeiter allerorts, seid auf eurer Hut, wenn auch Arbeit für den Bremer Vulkan und besonders, wenn sie euch vom Unternehmer-Arbeitsnachweis in Vegesack angeboten wird, laßt euch nicht von dem durch die täglichen Versprechungen, verlangt eine schriftliche Bestätigung über die Lohnhöhe und verweigert die Unterfertigung des Schein, das euch zwingt, drei Monate hindurch als Lohndrücker tätig zu sein! Die Vulkanarbeit ist reichlich mit Aufträgen versehen, viele Metallarbeiter werden nach Vegesack geholt werden müssen, damit diese Aufträge ihre Erfüllung finden. Es liegt aber im Interesse der organisierten Metallarbeiter von Vegesack, daß nicht durch den Dreimonatsvertrag Schwächlinge hier in Arbeit treten. Das hier steht, das ist ein Bezug von langfristigen Kollegen, die mithelfen wollen, hier bessere Verhältnisse zu schaffen.

Wannhäuser.

Samstag. In der im Februar abgehaltenen Versammlung der Feinmechaniker, Elektromonteurs und chirurgischen Instrumentenmacher gedachte der Vorsitzende Kollege Thormann, vor Eintritt in die Tagesordnung mit Hinweis auf die Bedeutung des verstorbenen Prof. Dr. G. Abbe. Die Versammlung ehrte das Andenken an ihn durch Geben von den Sigen. — Dann wurde unser Bezirksleiter, Kollege D. Schulz, über die Entwicklung unserer Organisation, ihre Einrichtungen und ihre Aufgaben. Es wurde ihm für seine Ausführungen derer Befehl getan. Kollege Thormann berichtete dann das Ergebnis der im vergangenen Jahre erzielten statistischen Über unsere Berichte. Die Anzahl der durch den Fragebogen erhaltenen Gehilfen ist 524, der Schlingere 187, der Solinierer 15. Den Fragebogen haben 307 Kollegen ausgefüllt, davon 74 Feinmechaniker, 65 Elektromonteurs, 8 chirurgische Instrumentenmacher, 4 Bandagisten, 24 Hilfsmechaniker, 5 Künstler, 24 Schlosser, 11 Schleifer, 19 Dreher, 8 Zähler, 7 Werkzeugmacher, 4 Uhrmacher, 11 Hilfsarbeiter, 2 Weber, 1 Optiker, 1 Reparatur-, 1 Feiler-, 1 Draht-, 3 Maschinenbauer, 1 Klempner, 1 Heizer, 1 Solinierer und 1 Arbeiter. Davon waren 217 organisiert in folgenden Verbänden: 208 im Metallarbeiter-Verband, 1 im Arbeiter-Verband, 2 im Hirsch-Dandewilche Gewerkschaften, 1 im Transportarbeiter-Verband, 1 im Fabrikarbeiter-Verband, 1 im Maler-Verband, 1 bei den Hauswirtschaftern und Kommodanten; keinem Verband, aber der sozialdemokratischen Partei angehörig, 1. Nichtorganisiert sind 82. In den 18 Installationsbetrieben ist die tägliche Arbeitszeit in 14 Betrieben: 10 Stunden, in 2: 9 1/2 Stunden, in 2: 9 Stunden. In den 19 feine mechanischen Betrieben ist sie in 12 Betrieben: 10 Stunden, in 4: 9 1/2 Stunden, in 3: 9 Stunden. Bei den 4 Werkstattbetrieben in der chirurgischen Instrumenten- und Bandagenbranche beträgt die tägliche Arbeitszeit in 3 Betrieben: 9 Stunden, in 1 an 4 Tagen 10 Stunden, Resttags und Samstags 9 Stunden, bei einem Bandagisten (Zuschläger) 10 Stunden. Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt bei den Elektromonteuren im Alter bis zu 20 Jahren 35 Pf., im Alter von 20 bis 25 Jahren

43 Pf., von 25 Jahren und darüber 46 Pf. Hilfsmonteur erhalten Durchschnittslohn: im Alter bis 20 Jahren von 51 Pf., von 20 bis 25 34 Pf., von 25 und darüber 35 Pf. Die Feinmechaniker erhalten einen durchschnittlichen Stundenlohn im Alter bis zu 20 Jahren von 33 Pf., von 20 bis 25 41 Pf., von 25 Jahren und darüber 51 Pf. Die Hilfsarbeiter in den feine mechanischen Betrieben erhalten im Alter bis zu 20 Jahren 24 Pf., bis zu 25 Jahren 30 Pf. und von 25 und darüber 42 Pf. Die chirurgischen Instrumentenmacher erhalten einen durchschnittlichen Stundenlohn im Alter bis zu 20 Jahren von 30 Pf., von 20 bis 25 46 Pf., von 25 Jahren und darüber 62 Pf. Die Bandagisten erhalten von 18 bis 25 Jahren 40 Pf., von 25 und darüber 48 Pf. Die in den Installationsbetrieben beschäftigten Schlosser erhalten 39 Pf. durchschnittlich, die in den feine mechanischen Betrieben beschäftigten Schlosser 48 Pf. Bei den anderen in den Betrieben beschäftigten Berufen stellt sich der Lohn ebenso wie bei den Schlossern. Die Arbeitslosigkeit beträgt bei den Elektromonteuren 588, bei den Hilfsmonteuren 386, bei den Feinmechanikern 625, bei den Bandagisten 240 Tage; bei den Instrumentenmachern nebst allen übrigen Berufen zusammen beträgt sie 1247 Tage. Die Krankheits-tage betragen bei den Installationsbetrieben 84 mit 170 Kindern, in den feine mechanischen Betrieben 57 mit 122 Kindern. — Es sind dies die hauptsächlichsten Ergebnisse unserer Statistik. Die Auslöhnungen und die Bezahlung der Überstundenarbeit, hauptsächlich in den Installationsbetrieben, lassen ziemlich viel zu wünschen übrig. Allerdings können die Kollegen der Installationsbetriebe geregelte Verhältnisse nicht verlangen, weil viele von ihnen in puncto Überstunden viel geschädigt haben. Dadurch schärfen sie sich einen leidlichen Verdienst heraus. Daß das zu einer Besserung der Verhältnisse nicht dienen kann, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Rundschau.

Reichstag.

(28. Februar bis 4. März.) Die sozialpolitische Debatte zum Etat des Reichsanwaltes des Innern wächst sich von Jahr zu Jahr mehr aus und bildet den Kernpunkt der parlamentarischen Verhandlungen jeder Session. Dieser unabhörbar ist die Zahl der Redner, die da im Laufe zweier Wochen auf die Tribüne des Reichstags steigt und wieder herab. Wir sind weit entfernt, diese Ausdehnung sozialpolitischer Debatten grundsätzlich zu bekämpfen; aber ihre heutige Art ist auf die Dauer einfach unhaltbar. Wie Kraut und Rüben geht Wichtiges und Unwichtiges, gehen Kritik und Programm durcheinander. Hat der eine Redner über Arbeiterschutz gesprochen, so traktiert der folgende die Handwerkszettelung, auf einen Monolog über Krankenversicherung folgt einer über die Wohnungsfrage; dem einen liegen die Verhältnisse der Bauarbeiter am Herzen, der andere mäht an den Bestimmungen über die Sonntagruhe. Wenn sich überhaupt einmal so etwas wie eine Debatte, ein Gut- und Widerreden, anspricht, dann bezieht es sich zumeist auf ganz nebensächliche Punkte; man streitet sich über die Priorität des einen oder des anderen Antrags, ist sich ein wenig im Sozialverständnis oder was dergleichen Sache mehr. Aber einen wirklichen Meinungssturm über grundsätzliche Fragen, bei denen Schlag auf Schlag die verschiedenen Klachten zu Worte kommen, darf man bei der heutigen Methode dieser Sitzungen nicht erwarten. Man mache sich nur klar, daß zu dem Staatsrat: Gehalt des Staatssekretärs nicht weniger als 24 ver- schiedenen Resolutionen eingebracht worden sind, in denen allmählich Spezialfragen behandelt werden. Das soll nun alles begründet und diskutiert werden! Hier liest nur eine Handvoll: Der Reichstag muß längere Zeit zu seinen Debatten haben, also früher zusammenberufen werden. Dann können die einzelnen Parteien ihre gesetzgeberischen Vorschläge in Form besonderer Anträge stellen, die an der sogenannten Schwerlasttag zu verhandeln wären. Nicht dazu der übliche eine Schwerlasttag pro Woche nicht aus, dann müßten entsprechend dem Bedarf mehrere eingelegt werden. Auf diese Weise ganz allein ist es möglich, die Debatten zu konzentrieren; eine konzentrierte Debatte aber trägt die Wirkung der Länge in sich selbst. Da wir gerade von den Parlamenten reden, so sei hier die Bemerkung gestattet, daß das Zentrum mit ihnen mehr und mehr einen unheimlichen parlamentarischen Wettstreit betreibt; sobald irgend eine Partei eine Anregung gibt, greift das Zentrum sie auf, verändert die Resolution oder den Antrag ein wenig, oft nur im Wortlaut, nimmt den ersten nieder und läßt seinen eigenen „zum Siege“, da ja die ersten Antragsteller ihre prinzipielle Haltung natürlich nicht fallen lassen dürfen. So spricht das Zentrum sozialpolitische Forderungen! Der Zweck ist so durchsichtig, wie das Mittel verächtlich. Gleich am ersten Tage der sozialpolitischen Debatte entrollte der Abgeordnete Barm als Fraktionsredner der Sozialdemokratie im großen Sälen ein Bild unserer Wirtschaft und Arbeiterpolitik. Er legte dar, daß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ohne Zweifel eine Tendenz zur Vereinfachung der proletarischen Massen innewohne; diese Tendenz aufzuhalten sei die Aufgabe der staatlichen und kommunalen Sozialpolitik; aber die bisher dazu verwendeten Mittel, einschließlich der Arbeiterversicherung und des Arbeiterlohnes seien dazu unzulänglich und zwar teils ihrer Art, teils ihrer Anwendung nach. Immer deutlicher wird die Notwendigkeit einer Sozialreform großen Stills und durchgreifender Mittel, als da sind: Achtstundentag, Arbeiterrenten in allen Branchen, Ausbau der Gewerkschaften, Organisation der beruflichen Arbeiter, Koalitionsfreiheit. Es gibt keinen vernünftigen Sozialpolitiker, vor allem aber keinen denkenden Arbeiter, der die Notwendigkeit dieser Forderungen nicht anerkennen würde. Wenn dennoch der Widerspruch dagegen nicht nachläßt, dann liegt er in den kapitalistischen Interessen, häufig sogar in den falsch vorhandenen kapitalistischen Interessen begründet. Der Minister für Sozialpolitik, Graf v. Posadowsky, hat sich, wie allgemein anerkannt wird, im Laufe der Jahre seiner Antipathie zu einem christlichen Verständnis für viele Fragen seines Berufs durchgearbeitet; man schätzt in ihm mit Recht einen gründlichen Kenner unserer sozialpolitischen Gesetzgebung und der sozialpolitischen Literatur, auch sind ihm die Institutionen anderer Länder wohl bekannt. Aber — auch er kann aus seiner Haut nicht herans. Schon sein Eintreten für die Hecherzölle auf Lebensmittel, seine unersättliche Öffnung auf die Niederdrückung der Arbeiterbewegung durch die sozialpolitische Verlangsamung der industriellen Entwicklung zeigen die Grenzen seines Könnens. Wenn er nun aber Jahr um Jahr mit weiser Mahnung anspricht, das Tempo der Sozialpolitik dürfte sein „rauhendes“ sein, so kann er sich damit bei uns nur ein mißliches Lächeln verdienen. Wo zeigen sich denn die Spuren dieses „rauhenden“ Tempos? Sind nicht alle die heute noch unerfüllten Wünsche jenseits der maßvollen bürgerlichen Sozialreformer im ehrenwürdigen Alter von 15 und 20 Jahren? Vermögen sich nicht Vermögen und Gerichtsbeschwerden nachlässig, die wenigen Reformen wieder umhin zu lassen? Und das alles in einer Zeit der bevorstehenden Zunahme körperlichen Vermögens, reichhaltiger Akkumulation der Kapitalien und Konzentration der Betriebe, in einer Zeit, in der zugunsten weniger Besitzender der Lebensunterhalt der Besitzlosen ungenügender verteuert werden soll! Wir möchten, Graf Posadowsky bringt gar zu oft ein Opfer seines Intellekts. Er ist zu eng verknüpft mit den Mächten, die das Wirtschaftsrecht haben wollen, als daß er — seiner eigenen Meinung in diesen Dingen sein dürfte! Wahrheit ist, daß es im jetzigen Evidenztempo sozialer Reformarbeit nicht weitergehen darf, wahr ist, daß wir nicht in den Fugen die fortschreitende Degeneration der großstädtischen Bevölkerung uns sich greifen lassen dürfen, ohne die befürchte Wand anzulegen. Sonst tornt aber lang oder lang das Ende mit Schrecken. Über die verschiedenen Redner ist einzeln zu berichten, vorzuzugewandten wir uns; es ist ein weiter Abstand zwischen den inhaltlichen Darlegungen eines Barm und Fräßdorf und den albernen Böhlen eines Mugdan oder den wägen reaktionären Entschuldigungen eines Pauli. Sie alle zu schildern, würde ungebührlich viel Platz beanspruchen, ohne daß auf eine Förderung der Sache selbst dabei zu rechnen wäre. Gänge besonders hervorzuheben möchte wollen nach dem Abschluß der Debatte noch ge- würdigt werden.

Uns deutschen Gewerkschaften.

Die Kosten des großen Kampfes der Berliner Holz- arbeiter belaufen sich auf insgesamt 696 749 Mk. Trotzdem stehen die beteiligten Organisationen ungekürzt da und weist die Berliner Kollasse des Verbandes am Jahresschluß ein Vermögen von 98 191 Mk. auf. Für die freitenden Vergleute quittiert der Bergarbeiter-Verband über bisher eingegangene 1 585 000 Mk. Die christlichen Gewerkschaften brachten dagegen nur 260 000 Mk. und die Hirsch- Dandewilche Gewerkschaften gar nur 60 000 Mk. auf. Und das trotz ihrer hohen Gönner! 50 000 neue Mitglieder sind dem alten „sozialdemokratischen“ Bergarbeiter-Verband infolge des Streiks beigetreten; wie wir hoffen wollen, dauernd. Die Aufbringung der Streikunterstützung bei Massen- streiks beschäftigt neuerdings wieder die Arbeiterpresse. Der Weber- streit in Oranienburg und der Bergarbeiterstreik haben Veranlassung gegeben, von neuem die Frage auf Schaffung einer gewerkschaftlichen Zentralstelle für solche Unterstützungsfaktionen aufzuwerfen. Der nächste Gewerkschaftskongress dürfte jedenfalls zu der Frage Stellung nehmen. Das erste Hunderttausend Mitglieder überschritten hat der Holzarbeiter-Verband, die drittgrößte Gewerkschaft Deutschlands. Nach der letzten erschienenen Abrechnung für das dritte Quartal 1904 zählte der Verband am 30. September 101 108 Mit- glieder, das sind 17 446 mehr als am Jahresbeginn. Der Massen- bestand betrug am Schluß des dritten Quartals 1 051 666 Mk. Arbeiterferien. Nach einer Zusammenstellung des Corre- spondent für Deutschlands Buchdrucker gewährten im Jahre 1904 an 105 Orten 330 Druckereien ihren Gehilfen Ferien. Nähere An- gaben liegen über 309 Druckereien in 92 Orten vor. Danach waren an den Ferien beteiligt: 6742 Gehilfen (einschließlich Faktoren), 2257 Hilfsarbeiter, 85 Mädchen, 25 Lehrlinge, 120 Buchbinder, 18 Sitzgänger und Steindrucker, ferner noch vereinzelt das Kontor- personal, Schlosser, Maschinenist u. s. w. Die Brauer-Zeitung, das Organ des Verbandes deutscher Brauerarbeiten, hat nunmehr eine Auflage von 25 000 aufzuweisen. Vor zehn Jahren betrug sie nur 5 000. Der Zentralverband der Schmiede zählte am Jahres- schluß 1904 13 806 Mitglieder, gegen 9 571 Ende 1903. Der Massen- bestand belief sich auf 62 000 Mk. Der Verband der Graveure und Ziselure hatte am Jahresschluß 2278 Mitglieder, gegen das Vorjahr mehr 103. Der Verband der Gastwirtsgehilfen stieg im Vorjahr von 2704 auf 3 225 Mitglieder. Der Verband der Sattler stieg im Vorjahr von 3 687 Mit- gliedern auf 3 640; der Verband der Steinsetzer von 6 035 auf 6 423; der Verband der Zimmerer von 29 998 auf 37 043. Der Hirsch-Dandewilche Gewerksverein der Maschinen- bau- und Metallarbeiter hat dagegen trotz gewaltiger An- strengungen im Jahr 1904 im ganzen nur 778 Mitglieder gewonnen. Seine Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 43 796. Gemein an den Interessen der modernen Gewerkschaften ist dieses Ge- schick mehr als kläglich. Der Verband der Bäcker stieg 1904 von 6 062 auf 9 706 Mit- glieder. Trotz 10 961 Neuaufnahmen vermehrte sich die Mitglieder- zahl nur um 3 644. Eine Denkschrift über Tarifverträge im Steinseher- gwerbe ist vom Vorstand des Steinseherverbandes den kom- munalen Behörden aller in Betracht kommenden Orte unterbreitet worden. In derselben wird der Nachweis geführt, daß durch die von den Unternehmern allerorts angebotene Einzelfinanz nicht nur die be- zehligten Arbeiter, sondern auch zahlreiche unbeteiligte Einwohner und das allgemeine Wohl gefährdet werden. Es wird daher ver- langt, daß bei Vergütung von Straßenbauarbeiten nur solche Firmen berücksichtigt werden sollen, die mit den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt haben. 2300 Schahmacher befinden sich in Weipenfels im Streik um die Anerkennung eines Tarifvertrages. Nach fast einjährigem Streik ist es den Stukkateuren in Chemnitz nunmehr gelungen, mit den Unternehmern einen Tarif- vertrag abzuschließen. Der Geschäftsbericht des Tarifamtes der Chemi- kergewerkschaften und Kautschukdrucker teilt mit, daß der Tarif am Jahres- schluß von 30 Kautschukarten mit 1400 Angehörigen anerkannt ist, das sind 95 Prozent der Berufstätigen beider Teile. Der Verbands- bestand fordert deshalb alle Kollegen auf, die in Betrieben arbeiten, welche der Tarifgemeinschaft noch nicht angehöre, ungehäuft wegen gewerkschaftlicher Anerkennung des Tarifs vorstellig zu werden. Die Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunter- stützung im Verband der Schiffszimmerer wird den am 14. Mai in Mathenow tagenden Verbandstag beschäftigen. Detaillierte Anträge des Vorstandes und einer größeren Anzahl Zehntel sind schon zu diesem Zweck eine Beitragserhöhung von 15 oder 20 oder 25 Pf. pro Woche vor. Große Arbeitslosigkeit herrscht gegenwärtig unter den Bildhauern. Im vierten Quartal 1904 kamen auf 100 Mitglieder des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands 55,4 Fälle von Ar- beitslosigkeit, und das erste Quartal ist erfahrungsmäßig im all- gemeinen noch schlechter. Das Arbeitsbuch. Minderjährige Arbeiter müssen bekanntlich ein Arbeitsbuch haben. Verläßt nun der Minderjährige das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der Kündigung, so muß ihm der Unternehmer wohl die Invalidentarife herausgeben, kann aber das Arbeitsbuch zurückbehalten! Es heißt ja in § 107 der Gewerbeordnung, das das Arbeitsbuch „nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses“ wieder auszu- händigen sei. Damit soll verhindert werden, daß kontraktbrüchige Minderjährige während der Kündigungszeit schon in andere Arbeit eintreten. In der Regel wird also nach Ablauf der Kündigungsfrist das Arbeitsbuch dem Kontraktbrüchigen wieder ausgehändigt. Anders verfuhr aber ein Unternehmer in Rudenwalde. Dieser verklagte den Kontraktbrüchigen am dortigen Gewerbegericht auf Schadenersatz gemäß § 121b der Gewerbeordnung und behielt das Arbeitsbuch trotz Ablauf der Kündigungsfrist zurück, weil der Arbeiter den Be- trag von 10 500 Mk. nicht bezahlt hatte, zu dessen Zahlung er ver- urteilt war. Der Arbeiter konnte deshalb keine Arbeit finden, weil er ohne Arbeitsbuch war, konnte den Schadenersatz bei seiner Mittel- losigkeit auch nicht zahlen und klagte deshalb gegen den Unternehmer auf Herausgabe des Buches oder Zahlung von 250 Mk. pro Tag Schadenersatz. Das Gewerbegericht zu Rudenwalde wies die Klage ab. Im Urteil heißt es: „An Stelle der Pflicht zur Weiter- arbeit ist die Pflicht zur Zahlung der Entschädigungspflicht ein.“ Ein sonderbares Urteil! Wir sind der Meinung, daß der Arbeitsvertrag nach Ablauf der Kündigungsfrist beendet ist, da ja auch durch eingetretene Krankheit der Ablauf der Frist nicht ge- hindert wird. Daß der Arbeitsvertrag erlöschend war, gab der Unter- nehmer doch mit seiner Klage aus § 121b der Gewerbeordnung selbst zu. Es müßte also der zahlungsunfähige Arbeiter so lange hungern, bis es dem Unternehmer gefällt, das Buch herauszugeben. Das wäre ja Sklaverei! Vom Ausland. Österreich. Die österreichische Arbeiterintragengesetzgebung konnte am 3. März d. J. das 20jährige Jubiläum ihrer Wirksamkeit begehen. In diesem Jahr wurde die reformierte Gewerbeordnung sanktioniert. Früher hat sich mancherlei auf dem Gebiet der Sozialreform voll- zogen, was nicht ohne günstigen Einfluß auf die Arbeiterchaft blieb.

Vom Ausland.

Österreich.

Nichtbestoweniger hat die Arbeiterklasse unseres Landes Anlaß zu Klagen in Hülle und Fülle. Die Arbeiterschutzbestimmungen haben vor allem den Kardinalfehler, daß ihre Einhaltung von den überwachenden Behörden nicht ernst genommen wird.

Die Regierung hat nun dem Drängen der Zünftler nachgegeben und Reformvorschlüge der Gewerbeordnung im Abgeordnetenhaus eingebracht. Die Schutzbestimmungen für die Arbeiter sollen jedoch in der Hauptsache ganz unberührt bleiben.

Der Verband der Metallarbeiter veröffentlicht heute seine Schlussrechnung für das Jahr 1904. Aus ihr ist zu ersehen, daß der Verband im abgelaufenen Jahre sehr erfreuliche Fortschritte machte. Die Einnahmen betrugen 99946 Kr., die Ausgaben 329182 Kr.

den Beschluß, den Widerstandsfonds obligatorisch einzuführen. Die Steuer für diesen Fonds soll neben dem Verbandsbeitrag allwöchentlich geleistet werden und 10 Heller betragen.

Literarisches.

Le Traducteur (Französisch-Deutsch) und The Translator (Englisch-Deutsch), Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen und deutschen Sprache.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
München. Samstag, 11. März, abends halb 9 Uhr, im „Lindl“.

- Bunzlau. Samstag, 18. März, abends halb 9 Uhr, zu den „drei Kronen“.
Coburg. Sonntag, 19. März, vorm. halb 10 Uhr, in der „Himmelsleiter“.

- Göhring. Samstag, 18. März, abends halb 9 Uhr, bei W. Müller.
Göhring. Sonntag, 19. März, abends halb 9 Uhr, bei W. Müller.

- Neugersdorf. Sonntag, 19. März, vormittags 9 Uhr, im „Deutschen Haus“.
Neustadt i. S. Samstag, 18. März, abends halb 9 Uhr, im „Gesellschaftshaus“.

- Wismar. Samstag, 18. März, abends halb 9 Uhr, im „Sohentwiel“, Spilltaggasse.
Wittenberg. Samstag, 18. März, abends halb 9 Uhr, bei Ditzing, Tonhalle.

- Bremen. Der Klempner Anton Rührenberg aus Syde, zuletzt in Bielefeld, und der Kesselflicker W. Lange, der sich am 2. Jan. in Bremen abmischte, werden gebeten, ihre Abreise sofort der hiesigen Ortsverwaltung mitzuteilen.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Arbeitshose Herkules tragen.
Edmund Paulus
Markneukirchen No. 367
Musikinstrumente jeder Art

MUSIK INSTRUMENTENFABRIK
von ERNST HESS
KLINGENTHAL & Co.
KATALOG (1898) UNTERST u. POSTFREI

Für nur 3 Mark
Neueste Auflage! monatliche Ratenzahlung erhalten Sie sofort vollständig Neueste Auflage!
Die Praxis des Metallarbeiters
3 chocelegante Bände und 2 Modell-Bände statt 45 M. nur 30 M.

Lebens-
größte 45/65 cm für 3 M. Worto.
Berapung 50 Pf. Rücktritt. Haltbarkeit garantiert. Bild unbeschädigt zurück.
Lebens-
größte 45/65 cm für 3 M. Worto.
Berapung 50 Pf. Rücktritt. Haltbarkeit garantiert. Bild unbeschädigt zurück.

Arthur Stadthagens
Arbeiterrecht
Schöne, volle Körperformen durch unser orient. Kraftpulver, preisgekröntes Gold-Medaillen, Paris 1900, Hamburg 1901, Berlin 1903, in 6-8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme, garantiert unersch. Streng reell - kein Schwindel. Viele Dankschr. Preis-Karton mit Gebrauchsanweisung 2 Mark. Postanw. od. Nachn. exal. Porto.
Hygien. Institut 112
D. Franz Steiner & Co.
Berlin 282, Königsgräzterstr. 78.

